

Internationales Clausewitz-Zentrum
CLAUSEWITZ – INFORMATION

2 / 2007



Carl von Clausewitz
- Konflikte und Strategien -

herausgegeben von
Lennart Souchon

Führungsakademie der Bundeswehr

Hinweis des Herausgebers

Grundlage für diese Publikation ist der Studenten-Workshop 2006 mit Beiträgen von:

Frau Eva Strickmann, M.A. zum Thema: Clausewitz und „neue Kriegsformen“: Der Krieg in Ruanda 1990-1994 im Spiegel der „wunderlichen Dreifaltigkeit“ und von

Herrn Dipl.-Pol. Stefan Holz zum Thema:: Clausewitz und eine nationale Sicherheitsstrategie.

Beide Vorträge wurde im Rahmen einer Veranstaltung des Internationalen Clausewitz-Zentrums an der Führungsakademie der Bundeswehr - am 14.März 2006 - gehalten.

Redaktion:

Frau Karen Schäfer
Leiterin Fachinformationsstelle
und
Herr Oberst i.G. Hans-Joachim Krüger
Führungsakademie der Bundeswehr
Postfach, 22585 Hamburg

Herausgeber:

Professor Dr. Lennart Souchon,
Kapitän zur See a.D.
Internationales Clausewitz-Zentrum
Führungsakademie der Bundeswehr
Postfach, 22585 Hamburg
Tel.: 0049-40-8667-6501, Fax: -6509
E-Mail: fueakbw.icz@bundeswehr.org

Internationales Clausewitz-Zentrum Clausewitz-Information 2/2007

CARL VON CLAUSEWITZ
- KONFLIKTE UND STRATEGIEN -

Inhalt:

- 04 *Lennart Souchon*
Clausewitz` Theorie in der Bewertung aktueller Ereignisse
- 14 *Eva Maria Strickmann*
Clausewitz und „neue Kriegsformen“:
Der Krieg in Ruanda 1990-1994 im Spiegel der „wunderlichen
Dreifaltigkeit“
- 40 *Stefan Holz*
Clausewitz und eine nationale Sicherheitsstrategie.

Gesprächsforum

- 90 *Eckard Bolsinger*
Das Geheimnis der „Weltgeschichte“: Die Begründung strategi-
schen Denkens aus dem politischen Realismus.
- 115 *Internationales Clausewitz-Zentrum*
Publikationen

Clausewitz` Theorie in der Bewertung aktueller Ereignisse

Lennart Souchon

**„ Auch in Wissenschaften
kann man eigentlich nichts wissen,
es will immer getan sein.“**

Goethe, Maximen und Reflektionen 415

In der öffentlichen Diskussion werden zu Recht, bezogen auf die militärische Sicherheitsvorsorge, ein kritisch-konstruktives Engagement und höhere Finanzmittel eingeklagt. Doch die Defizite bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr hinsichtlich klarer Zielsetzung, eindeutiger politischer Begründung und einer breiten gesellschaftlichen Debatte sind strategischer und philosophischer Natur!¹ Interdisziplinäre sicherheitspolitische Risikoanalysen und strategisches „Vordenken“ sind in Deutschland selten geworden.

In den Politikwissenschaften an deutschen Universitäten ist die Auseinandersetzung mit den Clausewitzschen Theorien kaum vorhanden. Mit dem Studenten - Workshop im Frühjahr 2006 konnte eine themenorientierte Zusammenarbeit

¹ Bundespräsident Horst Köhler, Frankfurter Rundschau, 11.11.2006,

mit der Universität Potsdam eingeleitet werden, deren Ergebnisse in politikwissenschaftlichen Master- und Diplomarbeiten von Studenten erarbeitet, vorgetragen und diskutiert wurden. Mit der quasi grammatikalischen Anwendung der Clausewitz` Theorie sind komplexe politische Ereignisse und Prozesse systematisch analysiert, interpretiert und beurteilt worden. Ihre Begründung ist offenkundig: Bis heute ist in Deutschland - trotz einer tektonischen Verschiebung der sicherheitspolitischen Risiken und Prioritäten - noch keine kohärente Strategie entwickelt worden. Es dominieren in der nationalen und kollektiven Sicherheitsvorsorge tagespolitisches Manövrieren, taktisches Transformieren.

Es ist erforderlich, sich aus strategischer Perspektive mit den in der Europäischen Sicherheitsstrategie und den Verteidigungspolitischen Richtlinien (beide 2003) festgestellten Veränderungen und Risiken der sicherheitspolitischen Lage auseinanderzusetzen. Die Risikoanalyse der Verteidigungspolitischen Richtlinien verdeutlicht: „die komplexer gewordene Gefährdungssituation für Deutschland, die sich durch die Stichworte internationaler Terrorismus, Proliferation von

Massenvernichtungswaffen und weitreichender Trägermittel, regionale Konflikte innerhalb und außerhalb Europas sowie Formen der Informationskriegführung charakterisieren lässt.“² Dabei kommt es darauf an, eine umfassende Methode des Handelns – im Sinne einer Strategie - zu entwickeln, die diese Risiken beseitigt oder zumindest wirkungsvoll minimiert und Chancen maximiert. Die Formulierung einer Strategie ist eine sehr komplexe Aufgabe, bei der es nahe liegt, sich einer wissenschaftlichen Theorie – quasi als einer Grammatik - zu bedienen, um konkrete Komplexität zu selektieren, konstruieren und zu interpretieren. Das Ergebnis spiegelt sich dann in der langfristigen Qualität getroffener politischer Entscheidungen wieder.

Für diese Vorgehensweise bietet sich die Clausewitzsche Kriegstheorie an:

Theorie wird nach **Clausewitz** aus Einsichten gebildet, die aus der kritischen Betrachtung praktischer Erfahrungen gewonnen werden. Er selbst sieht die Funktion der Theorie in einer qualitativen Hilfestellung bei der Betrachtung und Interpretation komplexer Gegebenheiten.

² Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 21.Mai 2003, S.8, Kap. V

Clausewitz begründet eine restriktive Nutzung der Theorie mit den vielfältigen Friktionen, menschlichen Schwächen und einer unbegrenzten Zahl von nicht vorhersehbaren Störfaktoren, die den Kriegsverlauf entscheidend prägen. Letztere umschreibt Clausewitz als den Kernbereich der „Wunderlichen Dreifaltigkeit“, die sich aus Hass, Feindschaft und Gewalt (den irrationalen Faktoren), Friktionen (nicht rationalen Faktoren) und dem Krieg als rationales Werkzeug der Politik (rationale Faktoren) zusammenfügen. Nur mit dem philosophischen Denkansatz kann sich die Verifizierung von Aussagen der Kriegstheorie - im Sinne der Einheit von Vorstellung und Wirklichkeit - gegen vordergründigen Pragmatismus und reines Technokratentum durchsetzen.

Jetzt mag man sich - in einer Zeit, in der Krisenprävention, zivile Konfliktlösungen und Friedenskonsolidierung die nationale sicherheitspolitische Agenda bestimmen am Wort `Krieg` stören. Gleichwohl deckt der Begriff alle militärischen Aktivitäten ab, die von einer `bewaffneten Beobachtung` bis zum `Großen Krieg` reichen und schließt somit alle aktuellen Einsatzarten von Streitkräften mit ein.

Vom Clausewitz - Workshop 2006 sind Beiträge von Eva Strickmann und Stefan Holz abgedruckt:

Zum Thema ihrer Magisterarbeit: *Clausewitz und "neue" Kriegsformen. Der Krieg in Ruanda und die "Wunderliche Dreifaltigkeit"* analysiert **Eva Maria Strickmann** die aktuellen Interpretationsansätze von van Crefeld, Kaldor und Münkler in Bezug auf die Bedeutung der Staatsakteure, die Asymmetrisierung, Ökonomisierung und Regionalisierung der „neuen“ Kriege.

Der Kritik dieser Wissenschaftler an der Aktualität Clausewitzscher Kriegstheorien setzt sie den universellen Charakter, „Friktionen“ und die Emotionalität sowie Rationalität der Handlungen entgegen. Es gelingt ihr - im Unterschied zu van Crefeld, Kaldor und Münkler - den „trinitarischen“ Charakter aktueller Kriege nachzuweisen und dadurch die politikwissenschaftliche Analyse wesentlich zu vertiefen.

Eva Maria Strickmann stammt aus Steinfurt/Westfalen, spricht fließend Englisch, Französisch, etwas Arabisch und hat das Große Latinum. Sie nahm während ihrer Schulzeit an Auslandsaufenthalten in Irland und Frankreich teil.

Dem Abitur im Jahre 2000 folgte ein Studium der Politikwissenschaft, des Öffentlichen Rechtes und der Neueren Geschichte in Lille, Münster und Potsdam mit dem Abschluss Magistra Artium im März 2006. Gegenwärtig bewirbt sich Eva Maria Strickmann für ein Promotionsstipendium.

Stefan Holz entwickelt in seiner Diplomarbeit *Clausewitz und eine nationale Sicherheitsstrategie Deutschlands* eine Methode zur Ableitung einer Sicherheitsstrategie anhand der Clausewitzschen Strategietheorie.

Seine Diplomarbeit leistet einen substantiellen Beitrag zur Klarstellung der inhärenten Probleme und der **Hindernisse** bei der Formulierung und Implementierung einer nationalstaatlichen Strategie am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland.

Erst die Klarheit über nationale Methoden des Handelns und der Abbau bürokratischer Barrieren ermöglichen eine konstruktiv-zielorientierte Partizipation bei der Formulierung einer wirksamen Europäischen Strategie.

Insofern liefert der Beitrag einen exemplarischen Ansatz zur Strategiefindung.

Stefan Holz kommt aus Sindelfingen/Baden-Württemberg. Nach dem Abitur leistete er Wehrdienst bei der Artillerie in Idar-Oberstein und studierte von 2000 bis 2005 Verwaltungswissenschaft - mit Schwerpunkt Internationale Politik - an den Universitäten Konstanz und Potsdam. In den Jahren 2002 bis 2004 und 2005 war er studentischer Mitarbeiter beim Bundesverband der Deutschen Industrie. 2003 absolvierte er Praktika am ICZ an der Führungsakademie der Bundeswehr und 2004 im Deutschen Bundestag. Ende 2005 schloss er sein Studium mit dem Diplom der Verwaltungswissenschaft ab.

Eva Strickmann und Stefan Holz entwickeln in ihren Präsentationen eigenständige Anwendungen Clausewitz' Theorie in der Bewertung aktueller komplizierter Ereignisse. Einerseits kann die von Strickmann entwickelte Theorie der „wunderlichen Dreifaltigkeit“ entscheidend zur Transparenz der Ereignisse hinsichtlich der Massenmorde in Ruanda beitragen.

Andrerseits weist Stefan Holz überzeugend nach, wie interministerielle und philosophiearme Verfahrensweisen jeden Ansatz einer deutschen Sicherheitsstrategie verzögern und „planschleifen“.

Beide Vorträge sind besonders geeignet - im Sinne der Zielsetzung des ICZ - den aktuellen sicherheitspolitischen Diskurs mit Hilfe der Clausewitz' Theorie substantiell zu intensivieren.

Das DISKUSSIONSFORUM enthält einen argumentativen Beitrag von **Dr. Eckard Bolsinger**, dem stellvertretenden Institutsdirektor Haus Rissen, zur ICZ - Publikation 1/2007: Romantik, Deutscher Idealismus, Hegel und Clausewitz. Bolsinger argumentiert, dass entsprechend der Logik der historisch-politischen Realismustheorie neben dem militär-spezifischen Rational auch ökonomische Faktoren (Friedrich List) und 'Symbolik' (Leopold von Ranke) bei der aktuellen strategischen Analyse mit berücksichtigt werden müssen.

Die Entscheidung, das **Internationale Clausewitz - Zentrum** an der Führungsakademie der Bundeswehr zu institutionalisieren, ist ein wesentlicher Schritt, um den oben genannten Defiziten entgegenzuwirken. Das Internationale Clausewitz-Zentrum soll Forum für einen sicherheitspolitischen Diskurs an der Schnittstelle zwischen den Streitkräften und der Politik sein, das Erbe des Militärphilosophen Carl von Clausewitz bewahren und weiterentwickeln sowie mit Universitäten im Inland und Ausland kooperieren. Die Weisung des Stellvertreter Generalinspekteur spezifiziert: Die Auseinandersetzung ist in kritischer Loyalität - aber ohne formale Bindung an offizielle Regierungspositionen - mit interessierten gesellschaftlichen Gruppen und Einrichtungen zu führen.

Das ICZ erfüllt heute die Funktion eines Forums für geistige Auseinandersetzungen. Es wird von der Führungsakademie der Bundeswehr und deren Lehrgangsteilnehmern und von Persönlichkeiten aus vielen gesellschaftlichen Bereichen, den Universitäten und Instituten im In -und Ausland als Gesprächsforum aktiv genutzt. Nach zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen zu aktuellen Themen der Sicherheits-

politik und Strategie sowie zu den Lehren des preußischen Kriegstheoretikers Carl von Clausewitz hat sich das ICZ in Hamburg etabliert und Kooperationen aufgenommen mit dem Übersee-Club, der Amerika-Gesellschaft, dem Harvard-Club, der Katholischen Akademie und dem Haus Rissen.

Abschließend möchte ich mich wiederum ganz herzlich bei Frau Bibliotheksoberrätin Karen Schäfer und Herrn Oberst i.G. Hans-Joachim Krüger bedanken.

**Clausewitz und „neue Kriegsformen“:
Der Krieg in Ruanda 1990-1994 im Spiegel der „wunder-
lichen Dreifaltigkeit“**

Eva Maria Strickmann

„Wenn irgendein Teil unseres geistigen Gepäcks es verdient, über Bord geworfen zu werden, dann ist es gewiss nicht das historische Material, sondern die Clausewitz'sche Definition des Krieges, die uns hindert, mit ihm zurechtzukommen.“³

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen meiner Magisterarbeit habe ich mich ausgehend von den Theorien der „neuen Kriege“ und der darin enthaltenen Kritik am Kriegsverständnis von Carl von Clausewitz mit der folgenden Fragestellung befasst: Hat die Clausewitzsche Theorie mit den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen, insbesondere mit der Bedeutungsabnahme der Staaten als politische Akteure des Krieges, ihre Gültigkeit verloren oder kann sie auch in der heutigen Zeit dazu beitragen, das Phänomen „Krieg“ zu erklären?

In einem ersten Schritt habe ich die Theorien der „neuen Kriege“ anhand der wichtigsten Thesen von Martin van Creveld, Mary Kaldor und Herfried Münkler analysiert und Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede herausgearbeitet.⁴

Die Theorien der „neuen Kriege“ bildeten den Hintergrund, vor dem eine Analyse der Clausewitzschen Gedanken durchgeführt werden sollte, waren jedoch nicht der Schwerpunkt der Forschungsarbeit. Das Hauptaugenmerk lag vielmehr auf der Theorie von Carl von Clausewitz, die in einem zweiten Schritt untersucht wurde. Ich stützte mich in erster Linie auf Clausewitz' Hauptwerk „Vom Kriege“⁵ und bezog mich darüber hinaus auf die „Vorlesungen über den kleinen

³ Martin van Creveld: *Die Zukunft des Krieges*. 3. Auflage. Hamburg 2004. S. 99.

⁴ John Keegans im Zusammenhang mit den „neuen Kriegen“ oft zitiertes Werk „Die Kultur des Krieges“ wurde nicht berücksichtigt. Der Autor kritisiert zwar die Clausewitzsche Theorie, gibt aber anders als van Creveld, Kaldor und Münkler keinen wirklich „neuen“ Ansatz zur Erklärung des aktuellen Kriegsgeschehens. Vielmehr zeichnet er die Geschichte der Kriegführung nach und stellt kulturelle Faktoren als eigentliche Determinanten des Krieges dar. Vgl. John Keegan: *Die Kultur des Krieges*. Berlin 1995. S. 34.

⁵ Carl von Clausewitz: *Vom Kriege*. Herausgegeben von Werner Hahlweg. 18. Auflage. Bonn 1973.

Krieg“⁶, die „Bekennnisdenkschrift“⁷ und Clausewitz’ Studie über den Russlandfeldzug Napoleons im Jahre 1812⁸. Um die Thesen des preußischen Generals einordnen zu können, war zunächst eine Auseinandersetzung mit dem historischen Kontext, durch den Clausewitz geprägt wurde, notwendig. In der Regel wird zwischen den Gedanken des frühen und späten Clausewitz unterschieden. In meiner Arbeit wurde vordergründig von den zuletzt verfassten Ideen ausgegangen. Insbesondere wurde der Clausewitzsche Kriegsbegriff erörtert, da die Interpretationen in diesem Punkt stark voneinander abweichen⁹. Darüber hinaus stellte ich unter der Überschrift „Clausewitz und Strategie“ dar, welche verschiedenen Möglichkeiten Clausewitz aufzeigt, um eine Entscheidung im Krieg herbeizuführen.

In einem dritten und abschließenden Teil wurde der Versuch unternommen, die Clausewitzsche Theorie auf einen „neuen

⁶ Carl von Clausewitz: „Meine Vorlesungen über den kleinen Krieg, gehalten auf der Kriegs-Schule 1810 und 1811“, in: Werner Hahlweg (Hrsg.): *Schriften – Aufsätze – Studien – Briefe*. Band 1. Göttingen 1966, S. 208-599.

⁷ Carl von Clausewitz: „Bekennnisdenkschrift“, in: Ebd. S. 678-751.

⁸ Carl von Clausewitz: *Der russische Feldzug von 1812*. Herausgegeben von Helmut Greiner. Wiesbaden 1953.

Krieg“ anzuwenden. Als Fallbeispiel wurde der Krieg in Ruanda von 1990 bis 1994 ausgewählt. Die Gründe für diese Entscheidung waren die folgenden: Der Krieg in Ruanda wurde im Kontext der „neuen Kriege“ oft erwähnt, in der Regel mit einem Verweis auf die Parallelen zum Krieg in Bosnien-Herzegowina. Während Letzterer als „neuer Krieg“ ausführlich analysiert wurde¹⁰, erfuhr Ersterer jedoch eine vergleichsweise geringe Berücksichtigung. Es erscheint schwierig, den Krieg in Ruanda einzuordnen. In der Literatur steht der im Rahmen des Krieges durchgeführte Genozid im Fokus des Forschungsinteresses. Ich verfolgte das Ziel, den Völkermord im Zusammenhang mit den Beweggründen der Kriegsparteien zu erklären.

Im Folgenden werden die einzelnen Parteien skizziert und die wichtigsten Ergebnisse der Analyse dargestellt.

⁹ Zur Vertiefung vgl. Beatrice Heuser: *Reading Clausewitz*. London 2002.

¹⁰ Der Krieg in Bosnien-Herzegowina diente Mary Kaldor, aber auch Herfried Münkler als Fallbeispiel. Marie-Janine Calic hinterfragt die Darstellungen und kommt zu dem Ergebnis, dass der Krieg in Jugoslawien und folglich auch der Krieg in Bosnien „weder hinsichtlich Ursachen und Motiven noch in Bezug auf seine Gestaltmerkmale als ‚neuartig‘ bezeichnet werden“ kann; vgl. Marie-Janine Calic: „Der erste ‚neue Krieg‘? Staatszerfall und Radikalisierung der Gewalt im ehe-

Zum Phänomen der „neuen Kriege“

Seit Beginn der 1990er Jahre wurde – zunächst von Martin van Creveld, dann von Mary Kaldor und im Jahre 2001 im deutschsprachigen Raum von Herfried Münkler – die These aufgestellt, dass sich ein neuer Kriegstypus entwickelt habe, der von den konventionellen, zwischenstaatlichen Kriegen abzugrenzen sei. Dieser Wandlungsprozess des Krieges sei im Kontext der Zeitspanne nach 1945, insbesondere im Zusammenhang mit der einsetzenden Globalisierung und dem Ende des Kalten Krieges zu verstehen.

Die drei Studien entstanden in einer Phase gewaltigen Umbruchs, aber vor verschiedenen Hintergründen. Martin van Creveld bemerkt im Vorwort zur deutschen Neuausgabe, dass er „Die Zukunft des Krieges“ in den Jahren 1989/90 verfasst habe als die Sowjetunion „noch eine intakte Supermacht“ war und der Kalte Krieg noch nicht als beendet be-

maligen Jugoslawien“. In: Zeithistorische Forschungen, 2. Jahrgang 2005, Heft 1. Göttingen 2005. S. 71-87.

zeichnet werden konnte.¹¹ Mary Kaldor schrieb zu einem Zeitpunkt, als der Kalte Krieg beendet war und die Folgen der veränderten weltpolitischen Situation deutlich hervortraten. Die anfängliche Hoffnung auf das Anbrechen eines friedlichen Zeitalters sollte sich nicht erfüllen: Europa erlebte durch den jugoslawischen Staatszerfallskrieg das Ende einer einmaligen Friedensperiode. Unter dem Eindruck des Krieges in Jugoslawien stellte Mary Kaldor die These auf, dass ein neuer Kriegstyp entstanden sei, der sich durch seine neuen Merkmale klar von „alten“, zwischenstaatlichen Kriegen absetze. Herfried Münkler griff beide theoretischen Ansätze auf, als abermals ein einschneidendes Ereignis eine Zäsur in den internationalen Beziehungen markierte: Er stellte seine Theorie der „neuen Kriege“ vor allem vor dem Hintergrund der Terroranschläge vom 11. September 2001 auf, um eine Antwort auf die – durch die Attentate wieder äußerst brisant gewordene – Frage zu geben, wie die Kriege seit Ende des Kalten Krieges zu begreifen seien.¹²

¹¹ Martin van Creveld: *Die Zukunft des Krieges*. S. 13.

¹² Vgl. Herfried Münkler: *Die neuen Kriege*. S. 12.

Die Theorien von Martin van Creveld, Mary Kaldor und Herfried Münkler weisen zahlreiche Gemeinsamkeiten, aber auch viele Gegensätze auf. In allen drei Darstellungen wird erstens der Bedeutungsverlust der Staaten als Akteure des Krieges in Verbindung mit einer Privatisierung der Gewalt betont. Zweitens wird auf eine gezielte Gewaltanwendung gegen die Zivilbevölkerung – beziehungsweise generell eine „Asymmetrisierung“ des Krieges – hingewiesen. Drittens wird die Bedeutung ökonomischer Motive hervorgehoben. Viertens zeigen die drei Autoren, dass die „neuen Kriege“ in politisch instabilen Staaten stattfinden. Des Weiteren wird fünftens beschrieben, dass die Kriege mit billigen, einfach zu bedienenden Waffen geführt werden. Sechstens wird als Merkmal angeführt, dass keine klaren Grenzziehungen zwischen Krieg und Frieden, kriegerischer und organisierter Gewalt sowie der lokalen und der transnationalen Ebene möglich seien. Diese Charakteristika der „neuen Kriege“ waren im gewählten Fallbeispiel, im Krieg in Ruanda von 1990-1994, zu beobachten.

Die jeweiligen Erklärungsansätze sind jedoch keineswegs einheitlich. Martin van Creveld stellt auf der einen Seite dar, dass Kriege zur Durchsetzung eines politischen Zwecks geführt werden und betont auf der anderen Seite, dass der Krieg als „Kampf ums Überleben“ im Sinne eines Hobbes'schen Naturzustandes beziehungsweise als „Lebensform“ zu verstehen sei. Mary Kaldor akzentuiert den politischen Charakter der „neuen Kriege“, die Politik habe sich aber von einer „Politik der Überzeugung“ zu einer „Politik der Identität“ entwickelt. Herfried Münkler stellt die These auf, dass die „neuen Kriege“ nicht aufgrund politischer, sondern ökonomischer Motive geführt werden. Er zeigt jedoch ebenfalls, dass Terroristen als Akteure der „neuen Kriege“ Anschläge verüben, um einen politischen Zweck zu erreichen und widerspricht sich folglich.¹³

Diese unterschiedlichen Ansätze tragen meines Erachtens wenig zum Verständnis des Wesens der heutigen Kriege bei, da sie aufgrund ihrer Inflexibilität den Blick auf den veränderlichen Charakter des Krieges verstellen: Martin van Creveld, Mary Kaldor und Herfried Münkler stellen dar, dass

¹³ Vgl. Herfried Münkler: *Die neuen Kriege*. S. 176, 187 ff.

der Krieg immer einem bestimmten Schema folgt: Kriege werden entweder erstens begonnen, um einen bestimmten Zweck durchzusetzen, oder zweitens geführt, um sich persönlich zu bereichern – dabei handelt es sich übrigens ebenfalls um einen klaren, rationalen Zweck – oder finden drittens aufgrund eines tief in der Psyche des Menschen verwurzelten Bedürfnisses statt, demnach der Mann kämpfen und Ruhm erlangen will.

Die Theoretiker der „neuen Kriege“ scheinen sich in ihrer Kritik an der Theorie von Carl von Clausewitz einig: Sie wurde vor allem mit der Begründung als überholt dargestellt, dass das Clausewitzsche Kriegsverständnis ausschließlich auf der Vorstellung eines zwischenstaatlichen Krieges basiere und folglich nicht als Erklärungsansatz der heutigen Kriege dienen könne. Des Weiteren entspreche seine berühmte Definition des Krieges als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ nicht mehr der Realität des Krieges.

Insbesondere bei Martin van Creveld bedeutet diese Kritik einen radikalen Wandel in seiner Interpretation der Clause-

witzschen Theorie: Während van Creveld im Jahre 1986 im Artikel „The Eternal Clausewitz“¹⁴ die ewige Gültigkeit der Lehre des preußischen Generals prophezeite, vollzog er fünf Jahre später einen tiefen Bruch mit Clausewitz. Demgegenüber betont auch Herfried Münkler die Bedeutung der Clausewitzschen Theorie in der heutigen Zeit, vor allem für das Verständnis des internationalen Terrorismus.¹⁵

Die Verschiedenartigkeit der Kriege in der Theorie von Carl von Clausewitz

Der Forschungsstand zur Theorie Carl von Clausewitz' ist sehr ausgeprägt, ein Mangel an Literatur ist keinesfalls zu beklagen. Die Vielzahl von Interpretationen erklärt sich insbesondere aufgrund der Tatsache, dass Clausewitz' Hauptwerk „Vom Kriege“ unvollendet geblieben ist.

¹⁴ Martin van Creveld: „The Eternal Clausewitz“, in: Michael I. Handel: *Clausewitz and Modern Strategy*. London 1986. S. 35-50.

¹⁵ Vgl. Herfried Münkler: *Clausewitz' Theorie des Krieges*. Würzburger Vorträge zur Rechtsphilosophie, Rechtstheorie, Rechtssoziologie (Vortrag gehalten am 4. Juli 2003). Baden-Baden 2003.

Drei Jahre vor seinem Tod formulierte der General die Befürchtung, dass die Theorie im Falle einer Nichtbeendung Missverständnissen und Kritik ausgesetzt sei.¹⁶ Dennoch äußerte er bereits seine Zuversicht, einen – vielleicht sogar revolutionären – Beitrag zum Verständnis des Krieges leisten zu können:

„Aber trotz dieser unvollendeten Gestalt glaube ich doch, daß ein vorurteilsfreier, nach Wahrheit und Überzeugung dürstender Leser in den ersten sechs Büchern¹⁷ die Früchte eines mehrjährigen Nachdenkens und eifrigen Studiums des Krieges nicht verkennen und vielleicht darin die Hauptgedanken finden werde, von denen eine Revolution in dieser Theorie ausgehen könnte.“¹⁸

In einem letzten Dokument vor seinem Tod wies Clausewitz darauf hin, dass sich die neuesten Gedanken nicht am Schluss des Werkes, sondern im ersten Kapitel des ersten Buches befinden und dies das einzige sei, das er als voll-

¹⁶ Carl von Clausewitz: „Nachricht vom 10. Juli 1827“, in: Carl von Clausewitz: *Vom Kriege*. S. 180.

¹⁷ Zu diesem Zeitpunkt hatte Clausewitz die Bücher eins bis sechs geschrieben und zum siebenten und achten Buch erste Skizzen entworfen.

¹⁸ Carl von Clausewitz: „Nachricht vom 10. Juli 1827“. S. 181.

det betrachtete. Er war überzeugt, dass das Kapitel die folgende Funktion erfüllen würde: „Es wird wenigstens dem Ganzen den Dienst erweisen, die Richtung anzugeben, die ich überall halten wollte.“¹⁹

Das besagte Kapitel mit der Überschrift „Was ist der Krieg?“ erfüllt diesen Anspruch: Es stellt den Schlüssel zur Clausewitzschen Theorie dar.

Clausewitz gibt nicht nur eine einzige Antwort auf die zu Beginn gestellte Frage „Was ist der Krieg?“. Er baut die Ausführungen aufeinander auf und entwickelt seine Theorie Schritt für Schritt, um am Ende des ersten Kapitels mit der abschließenden Definition des Krieges als „wunderliche Dreifaltigkeit“ zu dem Punkt zu gelangen, in dem sich alle verschiedenen Ansätze in einer abschließenden Antwort zusammenfügen. Clausewitz stellt die Definition des Krie-

¹⁹ Carl von Clausewitz, „Aufsatz“, in: Carl von Clausewitz: *Vom Kriege*. S. 181. Dieser Aufsatz ist zwar undatiert, es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass er aus den frühen Monaten des Jahres 1830 stammt, kurz bevor Clausewitz wieder in den aktiven Militärdienst berufen wurde. Marie von Clausewitz führt an, dass ihr Mann anlässlich dieser Versetzung seine Papiere versiegelte und die Arbeit an seinem Werk danach nicht wieder aufnehmen konnte. Vgl. Marie von Clausewitz: „Vorrede vom 30. Juni 1832“, in: Carl von Clausewitz: *Vom Kriege*. S. 176. Da das undatierte Dokument im Vergleich zu anderen

ges als „wunderliche Dreifaltigkeit“ nicht an den Anfang: Er bildet vielmehr einen Spannungsbogen und stellt seine Gedanken wie These und Antithese gegenüber, um letztlich die scheinbaren Widersprüche in einer Synthese aufheben zu können. Seine Vorgehensweise lässt sich wie folgt nachzeichnen:

Um dem Leser das elementare Wesen des Krieges vor Augen zu führen, bedient sich Clausewitz als Einstieg eines anschaulichen Bildes: Man müsse sich den Krieg wie einen Kampf zwischen zwei Ringenden vorstellen, denn der Krieg sei „nichts als ein erweiterter Zweikampf“.²⁰ Was nun aber laut Clausewitz den Krieg auszeichnet und ihn vom Ringkampf im Sport unterscheidet,²¹ ist das folgende Merkmal:

Schriftstücken die Vollendung des ersten Kapitels betont, scheint es den letzten Stand der Arbeiten am Werk widerzuspiegeln.

²⁰ Carl von Clausewitz: *Vom Kriege*. Buch 1, Kapitel 1, Unterkapitel 1 (künftig zitiert: I, 1, 1). S. 191: Zwar bestehe der Krieg aus diversen Kämpfen, doch sei es sinnvoll, sich diese vereinfacht als Einheit vorzustellen und den Krieg als einen erweiterten Zweikampf zu betrachten.

²¹ Vgl. Ulrike Kleemeier: *Grundfragen einer philosophischen Theorie des Krieges – Platon – Hobbes – Clausewitz*. Berlin 2002. S. 222. Vgl. Carl von Clausewitz: *Vom Kriege*. I, 1, 23. S. 209: „Aber der Krieg ist kein Zeitvertreib, keine bloße Lust am Wagen und Gelingen,

Die beiden Ringenden wenden Gewalt an, um ihrem Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen. Auf der Grundlage des Bildes vom Zweikampf entwickelt Clausewitz die folgende Definition: „Der Krieg ist also ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.“²² Die Gewalt ist das Mittel, die Erfüllung des Willens der Zweck. Damit der Zweck erfüllt werden kann, muss als Voraussetzung das Ziel erreicht werden, das darin besteht, den Gegner niederzuwerfen.

Nachdem Clausewitz dem Leser eine erste grobe und verständliche Orientierung bei der sich anschließenden Analyse des Krieges im Detail geboten hat, untersucht er in einem zweiten und dritten Schritt die zuvor kurz definierten Bestandteile des Krieges und betrachtet ihren Charakter abstrakt, aus dem Gesamtzusammenhang gelöst. Dementsprechend konzentriert sich Clausewitz zunächst nur auf den Krieg als Akt der Gewalt zur Erreichung eines militärischen Ziels, anschließend auf die Funktion des Krieges zur Erfüllung eines durch die Politik vorgegebenen Zwecks.

kein Werk einer freien Begeisterung; er ist ein ernstes Mittel für einen ernstesten Zweck.“

²² Carl von Clausewitz: *Vom Kriege*. I, 1, 2. S. 191 f.

Clausewitz untersucht folglich zuerst, wie der kriegerische Akt vollzogen würde, wenn es ausschließlich um die Erreichung des Ziels ginge und wenn der Krieg durch keine weiteren Faktoren als die Gewaltanwendung beeinflusst würde. Er definiert den Krieg in dieser isolierten Sichtweise als „reinen Begriff des Krieges“, in dem sich die Kriegführenden ausschließlich gegenseitig das Gesetz geben und sich zwangsläufig in ihren Anstrengungen bis zu einem absoluten Punkt steigern.

Die Theorie dieses so genannten „absoluten Krieges“ sei jedoch „ein bloßes Büchergesetz und keins für die wirkliche Welt“²³. Der Krieg werde in der Wirklichkeit nicht nur durch den politischen Zustand, der durch den kriegerischen Akt erreicht werden soll, beschränkt, sondern erfahre ebenfalls eine Begrenzung durch einen weiteren Faktor, nämlich durch nicht kalkulierbare Widerstandskräfte – die sogenannten „Friktionen“. Eine Betrachtung, die diese Faktoren ausschließe, sei unter realen Bedingungen nicht möglich.

Den Aspekt der „Friktionen“ greift Clausewitz erst an späterer Stelle wieder auf. Zunächst determiniert er den Charak-

²³ Ebd. I, 1, 6. S. 196.

ter des Zwecks und weist in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Politik hin. Die Tatsache, dass Clausewitz den Krieg als „Instrument der Politik“ definiert, ist kein Widerspruch, sondern eine Ergänzung zur erst genannten Definition: Der Krieg ist in seinem Verständnis sowohl ein Akt der Gewalt, als auch ein rationales Mittel zur Durchsetzung eines politischen Zwecks.

Im Anschluss an die Untersuchung dieser beiden Elemente führt Clausewitz den bereits erwähnten dritten Faktor ein. Es ist meines Erachtens Clausewitz' Absicht, den Leser für folgende Problematik zu sensibilisieren: Der Krieg folgt keinen Gesetzen, die sich lediglich aus der Anwendung von Gewalt oder den politischen Interessen der Kriegsführenden ergeben. Er ist kein rein logisches Konstrukt, sondern immer zu einem gewissen Grad durch Faktoren bestimmt, die nicht rational zu bestimmen sind: durch Friktionen. Auf der Basis dieser Erkenntnis führt Clausewitz den Leser zu seiner abschließenden Definition des Krieges:

„Der Krieg ist also nicht nur ein wahres Chamäleon, weil er in jedem konkreten Falle seine Natur etwas ändert, sondern er ist auch seinen Gesamterscheinungen nach, in Beziehung auf

die in ihm herrschenden Tendenzen eine wunderliche Dreifaltigkeit, zusammengesetzt aus der ursprünglichen Gewaltbarkeit seines Elementes, dem Haß und der Feindschaft, die wie ein blinder Naturtrieb anzusehen sind, aus dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, die ihn zu einer freien Seelentätigkeit machen, und aus der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeuges, wodurch er dem bloßem Verstande anheimfällt.“²⁴

Der Charakter des Krieges ist folglich stets veränderlich, wird aber zu einem gewissen Grad immer durch drei Elemente: rationale, nichtrationale und irrationale beeinflusst.

Clausewitz und Strategie

Die Offenheit der Clausewitzschen Theorie, der sie noch heute ihre Gültigkeit verdankt, wird nicht nur am Beispiel des Kriegsbegriffes deutlich. Ebenso wie es laut Clausewitz keine feste, unveränderliche Natur des Krieges gibt, existieren für die Akteure grundverschiedene Möglichkeiten, das Ziel des kriegerischen Akts zu erreichen.

²⁴ Carl von Clausewitz: *Vom Kriege*. I, 1, 28. S. 212 f.

Clausewitz war ein großer Bewunderer der beiden entscheidenden Feldherren des 18. Jahrhunderts: Friedrichs des Großen, der mit seiner Friderizianischen Strategie der indirekten Ermattung des Gegners zunächst als größter Feldherr galt und Napoleons, der den König von Preußen als Vorbild ablöste und der mit einer revolutionären Kriegführung – wie sie Europa noch nicht gesehen hatte – das Zeitalter der „totalen Kriege“ einleitete. Die Erfolge, aber auch die Schwierigkeiten der verschiedenen Strategien wurden von Clausewitz analysiert und prägten sein Denken.

Clausewitz betont, dass Kriege nicht ohne Grund ausbrechen und dass sich der Angreifende vor Beginn des Krieges über den konkreten Inhalt seines Zwecks und über die Frage, wie er diesen erfüllen könne, im Klaren sein müsse. Ansonsten sei es leichtfertig, den Gegner anzugreifen.²⁵ Abhängig vom politischen Zweck und von den verfügbaren militärischen Mitteln sei zu überlegen, welche Strategie am

²⁵ „Man fängt keinen Krieg an, oder man sollte vernünftigerweise keinen anfangen, ohne sich zu sagen, was man mit und was man in demselben erreichen will, das erstere ist der Zweck, das andere das Ziel. Durch diesen Hauptgedanken werden alle Richtungen gegeben, der Umfang der Mittel, das Maß der Energie bestimmt, und er äußert seinen Einfluss bis in die kleinsten Glieder der Handlung hinab.“ Carl von Clausewitz: *Vom Kriege*. VIII, 2. S. 952.

besten geeignet erscheint. Es ist laut Clausewitz die Aufgabe der Strategie, „dem ganzen kriegerischen Akt ein Ziel zu setzen, welches dem Zweck desselben entspricht“.²⁶ Auch sei dieser dafür verantwortlich, dass das Ziel trotz aller auftretenden Schwierigkeiten (*Friktionen*) erreicht werde.²⁷ Wie Clausewitz durch die „doppelte Art des Krieges“ dargestellt hat²⁸, kann die Kriegführung durch die Stärke des Motivs begrenzt oder entgrenzt werden (z.B. Kabinettskriege versus Revolutionskriege).

Aber der Zweck ist ausschlaggebend: Die Konzentration der Kräfte und die direkte Konfrontation mit dem Gegner in einer Entscheidungsschlacht, durch die eine schnelle Beendigung des Krieges erreicht werden soll, stellt eine Strategie dar, die bei *einer militärischen Überlegenheit* zu verfolgen sei. Ist letztere Voraussetzung nicht gegeben, wäre es jedoch ein sinnloses Unterfangen, den Gegner direkt niederwerfen zu wollen. In diesem Fall sei eine indirekte und langfristige Schwächung des Gegners mit einer ebenfalls unbegrenzten Gewaltanwendung sehr viel effektiver. Clausewitz stellt in

²⁶ Carl von Clausewitz: *Vom Kriege*. III, 1. S. 345.

²⁷ Vgl. ebd. In diesem Zusammenhang erwähnt Clausewitz auch die Notwendigkeit eines Kriegsplans.

den Ausführungen zum „Kleinen Krieg“ und zum „Volkskrieg“ dar, wie selbst ein Gegner mit einem extremen militärischen Übergewicht besiegt werden kann. Er bezieht sich auf den Aufstand in der Vendée sowie die Mobilisierung der Bevölkerung in den Freiheitskämpfen in Tirol und Spanien und zeigt die Möglichkeit auf, dass Preußen ebenfalls erfolgreich Widerstand gegen Frankreich leisten könne.²⁹ Clausewitz betont für gewisse Situationen die Erforderlichkeit einer aufgelockerten und flexiblen Kriegführung, der Durchführung gezielter Attacken aus dem Hinterhalt und der Unterstützung der regulären Armeen durch nicht-konventionelle Kämpfer.

²⁸ Vgl. ebd. S. I, 2, S. 214 ff.

²⁹ Die „Bekennnisdenkschrift“, die Clausewitz mit Hilfe von Gneisenau und Boyen verfasste, sollte die Möglichkeit der Organisation eines Landsturms gegen Frankreich darlegen und übe in der Tat einen Einfluss auf die preußischen Reformer aus. Viele Aspekte fanden sich im „Preußischen Edikt über den Landsturm“ wieder, das im April 1813 vom König von Preußen unterzeichnet wurde.

Der Krieg in Ruanda 1990-1994

Durch das gewählte Fallbeispiel sollte die Möglichkeit, Clausewitz' Gedanken auch auf „irreguläre“ Kriege der heutigen Zeit anzuwenden, dargestellt werden.

Im Krieg in Ruanda standen sich keine regulären Armeen gegenüber. Die „Forces Armées Rwandaises“ (FAR) galt zwar als konventionelle Streitkraft in Ruanda³⁰, die Soldaten wurden aber durch viele freiwillige Kämpfer unterstützt. Insbesondere die Interahamwe-Miliz, die teils in die Armee integriert war sowie teils selbständig operierte, war von besonderer Bedeutung.

Die aus Uganda angreifende „Front Patriotique Rwandais“ (FPR) war eine paramilitärische Einheit, die unabhängig vom staatlichen Interesse Ruandas handelte.

³⁰ Vgl. Gérard Prunier: *The Rwanda Crisis 1959-1994: History of a Genocide*. London 1995. S. 94.

Die Invasion der FPR erfolgte, um die Rückkehr aller Tutsi-Flüchtlinge zu erzwingen. Dieser Zweck sollte mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden, um nicht nur die formelle Integration der Tutsi zu erreichen, sondern um darüber hinaus einen Umsturz der ruandischen Machtverhältnisse herbeizuführen. Das Ziel bestand darin, die ruandische Bevölkerung zu vertreiben und das Territorium zu besetzen, um die Regierung zu destabilisieren und um in der Folge die Absichten der FPR verwirklichen zu können.

Zu Beginn des Krieges fanden direkte Kämpfe zwischen der FPR einerseits und der ruandischen Armee, die durch Einheiten aus Belgien, Zaire und Frankreich unterstützt wurde, andererseits statt. Da die FPR dem militärischen Übergewicht des Gegners aber nicht standhalten konnte, zog sie sich zunächst geschwächt nach Uganda zurück. Als Konsequenz des ungleichen Kräfteverhältnisses konzentrierten sich die Tutsi-Rebellen auf eine Guerillakriegführung und führten gezielte Angriffe gegen militärische Posten sowie gegen die Zivilbevölkerung durch. Dadurch gelang es ihnen, nach und nach Gebiete zu erobern.³¹

³¹ Vgl. ebd. S. 135, 146.

Die ruandische Regierung verfolgte den Zweck, ohne Einschränkungen an der Macht zu bleiben und dem innen- und außenpolitischen Druck standzuhalten. Zunächst bestand das Ziel der ruandischen Armee darin, den Angriff der FPR niederzuschlagen und das Territorium zu verteidigen. Da die Rebellen aber an Kraft gewannen und Ruanda durch indirekte Angriffe schwächten, auf die keine militärische Reaktion möglich war, wurden andere Maßnahmen ergriffen: Die Gewalt richtete sich gegen die in Ruanda lebenden Tutsi. Der bereits existierende Hass der Hutu-Bevölkerung gegen die ehemaligen Unterdrücker wurde instrumentalisiert, um einen Umsturz der Machtverhältnisse zu verhindern. Darüber hinaus waren der Kampf gegen die FPR und der Aufbau von Feindbildern der ruandischen Regierung nützlich, um von innenpolitischen Problemen und dem wirtschaftlichen Niedergang abzulenken. Ab November 1991 fanden im ganzen Land systematische Massaker an der Tutsi-Minderheit und an gemäßigten Hutu statt. Die ruandische Armee, die Präsidentengarde und die Milizen verfolgten eine Strategie der „ethnischen Säuberung“. Alle Tutsi und alle oppositionellen Politiker sollten getötet oder vertrieben

werden, um der FPR die Basis für jegliche Unterstützung in Ruanda zu entziehen und um den Rebellen zu verdeutlichen, dass eine Machtübernahme nicht realisierbar sei. Auch der spätestens ab Sommer 1993 vorbereitete Völkermord gehörte zum Plan der politischen Elite in Ruanda.³²

Schlussbemerkung:

Der Krieg in Ruanda war durch alle drei Bestandteile der Clausewitzschen Definition geprägt. Zum einen wurde er durch Friktionen beeinflusst: Die Tutsi-Rebellen waren zu Beginn nicht nur durch ihre militärische Unterlegenheit im Nachteil, sondern wurden ebenfalls durch Versorgungsengpässe sowie insbesondere eine unzureichende Organisation geschwächt. Auch die ruandische Armee stieß auf unvorhergesehene Hindernisse, gewann jedoch durch die militärische Unterstützung Frankreichs wieder an Stärke.³³

Weitaus stärker als durch Friktionen wurde der Krieg in extremen Ausmaßen sowohl durch Emotionen, als auch durch Rationalität bestimmt. Die Massaker an der Tutsi-

³² Vgl. Gérard Prunier: *The Rwanda Crisis*. S. 239 ff.

³³ Vgl. Alison Des Forges: *Kein Zeuge darf überleben. Der Genozid in Ruanda*. Hamburg 2002. S. 76 ff.

Bevölkerung wurden mit einer solchen Brutalität durchgeführt, dass sie nur durch grenzenlosen Hass zu erklären sind. Umso grausamer ist die Feststellung, dass der Völkermord für die politische und militärische Führung ein rationales Mittel war, um eine politische Absicht durchzusetzen. Die Bevölkerung wurde instrumentalisiert, um das militärische Ziel – die Vernichtung aller Tutsi und Oppositionellen – zu erreichen.

Auf der Ebene der Bevölkerung wurde der Krieg in Ruanda schließlich durch den Hass dominiert, in der politischen und militärischen Führung war die Ratio ausschlaggebend. Auch wenn es aufgrund des Genozids schwierig ist, den Krieg in Ruanda objektiv zu betrachten und theoretisch einzuordnen, ist es gerade für das Verständnis des Völkermordes wichtig, ihn im Kontext des Krieges auf der politischen Entscheidungsebene als rational zu begreifen. Anhand der Clausewitzschen Theorie können die verschiedenen Elemente des Krieges untersucht und die Ursachen des Krieges erörtert werden. Die Definition der „wunderlichen Dreifaltigkeit“ sowie Clausewitz' Ausführungen zur Bedeutung einer an

den Zweck angepassten Strategie bieten äußerst hilfreiche Ansätze, den Krieg in seiner Komplexität zu verstehen.

Die Clausewitzsche Theorie erweist sich – anders als die Theorien der „neuen Kriege“ aufgrund ihres universellen Charakters als geeignet, die Kriege der heutigen Zeit zu beschreiben: Die Definition des Krieges als „wunderliche Dreifaltigkeit“ berücksichtigt, dass ein jeder Krieg „seine eigene Grammatik, aber nicht seine eigene Logik“³⁴ habe. Die Rahmenbedingungen, in denen die Kriege der heutigen Zeit stattfinden, haben sich gewandelt; dennoch sind sie nach wie vor zu einem gewissen Grad durch Friktionen, emotionales sowie rationales Handeln bestimmt. Die „wunderliche Dreifaltigkeit“ ist nicht nur auf Kriege, die von staatlichen Akteuren geführt werden, sondern auf alle Akteure anwendbar, für die der Krieg ein Instrument zur Durchsetzung eines Zwecks darstellt. In diesem Verständnis können auch diejenigen Kriege, die laut Herfried Münkler in erster Linie aufgrund ökonomischer Interessen geführt werden, als „trinitarisch“ bezeichnet werden.

³⁴ Carl von Clausewitz: *Vom Kriege*. VIII, 6b. S. 991.

Clausewitz und eine nationale Sicherheitsstrategie

Stefan Holz

Einleitung

Seit mehr als zehn Jahren prägt der erweiterte Sicherheitsbegriff die sicherheitspolitische Diskussion in Deutschland.³⁵ In der Praxis besteht jedoch „eine eigentümliche Diskrepanz zwischen einerseits der Diffusion des erweiterten Sicherheitsbegriffs in breit geführte politische Diskurse hinein und andererseits seiner faktischen Aufsplitterung ohne übergeordneten Bezugspunkt, was gerade dem neuen sicherheitspolitischen Grundgedanken der notwendigen Vernetzung von Ressorts, Politikbereichen und Handlungsinstrumenten widerspricht.“³⁶

³⁵ Vgl. Bundesakademie für Sicherheitspolitik (2001): Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen – Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff.

³⁶ Alamir, Fouzieh (2006): Der erweiterte Sicherheitsbegriff in der Umsetzung. Entwicklung, Diskrepanzen und Perspektiven, S. 2. In: Reader Sicherheitspolitik, Ergänzungslieferung 01/06.

Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Publizistik fordern daher seit einigen Jahren die Formulierung einer nationalen Sicherheitsstrategie bzw. einer Gesamtkonzeption.³⁷ Diese soll, im Einklang mit der Europäischen Sicherheitsstrategie, als Bezugspunkt dienen. Vertreter der Gegenposition lehnen eine solche nationale Positionierung mit Hinweis auf die europäische Integration ab.³⁸ Diese Diskussion erschöpft sich jedoch weitgehend in der plakativen Forderung bzw. Ablehnung einer nationalen Sicherheitsstrategie. Die vorhandenen Publikationen verwenden weder einen klaren Strategiebegriff, noch wird eine eingehende Analyse der vorhandenen Dokumente vorgenommen.

Dieser Aufsatz soll einen Beitrag zu dieser Debatte leisten. Zunächst wird der Strategiebegriff anhand der Clause-

³⁷ Vgl. Borchert, Heiko (2005): Handlungsfähigkeit. Mehrwert der vernetzten Sicherheit; Stelzenmüller, Constanze (2005): Mit Gewehr aber ohne Kompass. In: Jahrbuch 2005 der Clausewitz-Gesellschaft e.V., S. 30-40; Wagener, Martin (2004): Auf dem Weg zur „normalen“ Macht? Die Entsendung deutscher Streitkräfte in der Ära Schröder. In: Sebastian Harnisch et al. (Hrsg.): Deutsche Sicherheitspolitik – Eine Bilanz der Regierung Schröder; Schössler, Frank (1998): Nationale Gesamtstrategie – Ein gesamtstrategisches Konzept für Deutschland, Führungsakademie der Bundeswehr, LGAN (H) 1996.

witz'schen Strategietheorie eingegrenzt (Abschnitt I), anschließend werden ausgewählte Randbedingungen für die erfolgreiche Implementierung einer Strategie vorgestellt (Abschnitt II). In Abschnitt III wird die Notwendigkeit einer nationalen Sicherheitsstrategie im 21. Jahrhundert diskutiert. Hierauf aufbauend wird die diesbezügliche Lage in Deutschland beschrieben, beurteilt sowie abschließend einige Schlussfolgerungen gezogen (Abschnitt IV).

³⁸ Vgl. Interview mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt Scharioth, in: y.-magazin, 12/2003, S. 15.

I. Strategie im Clausewitz'schen Sinne

Strategisches Denken und Handeln im Clausewitz'schen Sinne unterscheidet sich von dem in der Wirtschaft und Politik populären Strategiebegriff. Dieses „moderne“ Strategieverständnis verkürzt die Strategie auf einen langfristig angelegten, vorausschauenden Führungsstil, der im Gegensatz zum (partei-)taktischen Handeln positiv besetzt ist.

Dem Clausewitzsche Strategieverständnis ist nicht nur der Gegensatz von Strategie und Taktik fremd, das Hauptmerkmal ist auch nicht die mittel- bis langfristige Zeitperspektive des populären Strategiebegriffs. Aus den Clausewitz'schen Ideen lassen sich vier Merkmale der Strategie ableiten:

1. Zweckrationalität

Strategie ist nach Clausewitz eine Zweck-Ziel-Mittel-Relation, deren Bestandteile nicht isoliert voneinander betrachtet werden können, sondern im Sinne einer „Methode

des Handelns³⁹ aufeinander abgestimmt sein müssen. Kernbestandteil des jeweiligen Zweckes sind die Interessen einer Gruppe. Aufbauend auf einer Definition dieser Interessen ist ein zweckrationales Handeln möglich.

2. Interaktivität

Strategie ist immer von Handeln und Gegen-Handeln geprägt. Aufgrund dieses interaktiven Charakters der Sicherheitspolitik – Clausewitz spricht hier von „Wechselwirkungen“⁴⁰ – müssen Strategien die Interessen anderer Akteure berücksichtigen und soweit wie möglich antizipieren. Daher ist eine umfassende Risikoanalyse ein zwingender Bestandteil einer Strategie.

3. Schwerpunktorientierung

Im Falle einer Konfrontation sollten die eigenen Ziele und Mittel auf das „Zentrum der Kraft und Bewegung“⁴¹ des

³⁹ Souchon, Lennart (1995): Europäische Sicherheitspolitik und Strategie im Umbruch, S. 114. In: Erhard Fondran/ Hans-Dieter Lemke (Hrsg.): Sicherheitspolitik für Europa zwischen Konsens und Konflikt, S. 113-130.

⁴⁰ Vgl. Clausewitz, Carl von (1980): Vom Kriege, I, 1, S. 194.

⁴¹ Clausewitz, Carl von (1980): Vom Kriege, VIII, 4, S. 976.

Gegners – dem sog. Schwerpunkt – konzentriert werden. Diese Grundannahme erfordert eine eingehende Analyse der anderen Akteure, da nur durch die Identifizierung des gegnerischen Schwerpunktes eine Erfolg versprechende Strategie formuliert werden kann.

4. Friktionalität

Bei der Umsetzung einer Strategie wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Abweichungen von der ursprünglichen Planung kommen. Diese sog. Friktionen lassen sich weder durch detaillierte Planung, noch durch technische Innovationen vermeiden. Nach Ansicht von Clausewitz müssen diese Friktionen bei der Planung einkalkuliert und in der Ausbildung – insbesondere der Führungskräfte – berücksichtigt werden. Um diese Führungsqualitäten im Frieden herauszubilden zu können, sind nach Ansicht von Clausewitz realitätsnahe – also von Friktionen geprägte – Übungen notwendig.⁴²

⁴² Vgl. Clausewitz, Carl von (1980): Vom Kriege, I, 8, S. 266.

Führt man die Clausewitz'schen Überlegungen zur Strategie fort, wird klar: Strategie ist mehr als ein wohl formuliertes Papier. Die Umsetzung einer Strategie bedarf neben der konzeptionellen Dimension – also einem ausformulierten Strategiepapier, einer organisatorischen und vor allem einer mentalen Dimension.

Organisatorische Fragen wurden von Clausewitz zwar nicht zentral behandelt, gleichwohl befasste er sich mit der Organisation von Entscheidungsfindungsprozessen. So diskutiert Clausewitz in der „Vom Kriege“ vorangestellten Nachricht die Stellung des Generalstabschefs gegenüber dem Kabinett. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass der Generalstabschef an den Sitzungen des Kabinetts teilnehmen sollte, um eine adäquate Beratung der politischen Entscheidungsträger gewährleisten zu können.⁴³

⁴³ Welche zentrale Bedeutung für das Clausewitz'sche Gesamtwerk diese Anmerkung hat zeigt die absichtliche Missinterpretation dieser Anmerkung in verschiedenen Neuauflagen von „Vom Kriege“. In diesen Auflagen wurde dem Generalstabschef im Kriegsfall keine beratende, sondern eine entscheidende Rolle zugewiesen., was den Clausewitz'schen Vorstellungen vom „politischen Krieg“ zuwider läuft (vgl. Clausewitz, Carl von (1980): Vom Kriege, Fn. 378).

Weitaus bedeutender für die Strategietheorie ist aber der Clausewitz'sche Beitrag zur Bedeutung der mentalen Dimension. Diese steht in engem Zusammenhang mit dem von Clausewitz entwickelten Friktionsbegriff. Die Betonung der „moralischen Größen“ und die Urteils- und Entschlusskraft von Führungskräften („Takt des Urteils“) prägt daher alle Kapitel von „Vom Kriege“.

Clausewitz erkannte jedoch auch die Grenzen überwiegend intuitiver Führungs- und Entscheidungsprozesse innerhalb komplexer Systeme und stellte mit erstaunlicher Aktualität fest: „Wenn es darauf ankommt, nicht selbst zu handeln, sondern andere zu überzeugen, dann kommt es auf klare Vorstellungen, auf das Nachweisen des inneren Zusammenhanges an; und weil die Ausbildung in diesem Stück noch so wenig fortgeschritten ist, so sind die meisten Beratungen ein grundloses Hin- und Herreden, wobei entweder jeder seine Meinung behält, oder ein bloßes Abkommen aus gegenseitiger Rücksicht zu einem Mittelwege führt, der eigentlich ohne allen Wert ist.“⁴⁴

⁴⁴ Clausewitz, Carl von (1980): Vom Kriege, Nachricht, S. 182.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Clausewitz widerspricht einem technokratischen bzw. bürokratischen Strategieverständnis, dass die Strategiebildung allein auf die Ausarbeitung eines Strategiepapiers reduziert. Der Kern seines Strategieverständnisses ist - aufgrund des friktionalen Charakters der Sicherheitspolitik – die mentale Dimension.

II. Randbedingungen für die Umsetzung einer Sicherheitsstrategie

Die Realisierung einer Sicherheitsstrategie ist von drei Randbedingungen abhängig:

1. Konsens zwischen Gesellschaft, Politik und Administration

Krieg hat nach der Clausewitz'schen „wunderlichen Dreifaltigkeit“⁴⁵ rationale (Instrument der Politik), nichtrationale (Friktionen) und irrationale Merkmale (Hass). Diese Tendenzen prägen, in unterschiedlicher Gewichtung, jeden gewalttätigen Konflikt. Clausewitz weist diese drei Wesensmerkmale tendenziell – nicht absolut – der Politik (Instrument), den Streitkräften (Friktion) und dem Volk (Emotion) zu.⁴⁶

Beinhaltet eine Sicherheitsstrategie auch die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt, so ist hierüber – gerade in

⁴⁵ Vgl. Clausewitz, Carl von (1980): Vom Kriege, I, 1, 20, S. 213.

⁴⁶ Vgl. Heuser, Beatrice (2002): Reading Clausewitz, S. 54; Summers, Harry G. (1982): On Strategy – A Critical Analysis of the Vietnam War.

demokratischen Gesellschaften – ein weitgehender Konsens zwischen allen Teilen der Dreifaltigkeit notwendig. Im Sinne des erweiterten Sicherheitsbegriffes darf das exekutive Handeln nicht auf die Streitkräfte beschränkt sein, sondern muss alle für die innere und äußere Sicherheit relevanten Ressorts umfassen. Daher beinhaltet eine „moderne Dreifaltigkeit“ die Gesellschaft, die Politik und die gesamte Exekutive.

2. Politische Grenze der Strategieformulierung und -implementierung

Clausewitz und andere Strategietheoretiker gehen weitgehend davon aus, dass die Politik an einer präzise ausformulierten, zweckrationalen Strategie interessiert ist, um das Regierungshandeln effizienter gestalten zu können. Diese Effizienzlogik kann jedoch in einem demokratischen System mit der parteipolitischen Logik konkurrieren. Eine im Parteienwettbewerb befindliche Partei verfolgt nicht zwangsläufig mit der Strategie kongruente Zwecke.⁴⁷ Parteien stre-

⁴⁷ Vgl. Sandrat, Henning von (1997) Möglichkeiten und Grenzen der Strategieentwicklung in unserer Zeit. Führungsakademie der Bundeswehr, Seminarunterlage.

ben in erster Linie nach Stimmengewinn, Ämterwerb und politischem Einfluss im Hinblick auf die nächsten Wahlen.⁴⁸

Diese parteipolitische Logik widerstrebt zwei Merkmalen der Strategie, der klaren Zieldefinition und dem Zeithorizont. Die klare Zieldefinition macht den Erfolg der politisch Handelnden messbar, was bei Nichterreichen der in der Strategie formulierten Ziele negative Auswirkungen auf die parteipolitischen Zwecke haben kann. Der Zeithorizont einer Strategie widerspricht ebenfalls der parteipolitischen Logik, da die Zeitdimension einer Strategie nicht an Wahlterminen orientiert ist. Ein Wahltermin und der damit verbundene Erfolgsdruck kann aus Sicht der Parteien kurzfristige Lösungen erfordern – auch wenn diese mittel- und langfristig der eigenen Strategie widersprechen.

3. Bürokratische Grenze der Strategieformulierung und -implementierung

Die immer stärkere Diversifizierung der Ministerialverwaltung erschwert zunehmend ein kohärentes Regierungshan-

⁴⁸ Vgl. Strøm, Kaare/ Müller, Wolfgang (1999): Political Parties and Hard Choices. In: Dies. (Hrsg.): Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Europe Make Hard Decisions, S. 1-35.

deln, da die in Ressorts abgebildeten Perspektiven unterschiedlicher Politikfelder die Formulierung und Umsetzung einer Strategie blockieren können. Dieses mit Blick auf Clausewitz als „bürokratische Friktion“ bezeichnete Phänomen⁴⁹ findet in der Strategietheorie – wenn überhaupt – eine marginale Beachtung, obwohl die Zahl der Akteure durch das umfassende Verständnis von Sicherheit stark zugenommen hat.

Der Strategietheoretiker Luttwak sieht zwar im „hoch diversifizierte[n] Verwaltungsapparat moderner Staaten ein Haupthindernis für die Umsetzung einer umfassenden gesamtstrategischen Planung“⁵⁰, da „bewusst oder unbewusst“ die unterschiedlichen Behörden dazu tendieren, „sich einem bestimmten Plan zu widersetzen, wenn er mit ihren bürokratischen Interessen, Gewohnheiten, und Zielen kollidiert.“⁵¹ Luttwak übersieht jedoch die hohe Bedeutung der Ministerialverwaltung bei der Strategieformulierung und negiert die, über bürokratische Eigeninteressen hinausgehende, Legiti-

⁴⁹ Vgl. Bassford, Christopher (1994): John Keegan and the Grand Tradition of Trashing Clausewitz. In *War and History*, Vol. 1, No. 3.

⁵⁰ Luttwak, Edward (2003): *Strategie – Die Logik von Krieg und Frieden*, S. 344.

⁵¹ Ebd.

mität unterschiedlicher fachpolitischer Perspektiven. Ministerien verfolgen nicht nur bürokratische Interessen, sondern bilden unterschiedliche fachpolitische Positionen ab. Insbesondere aufgrund dieser unterschiedlichen Position ist eine vollständige Kohärenz nicht realisierbar, da die Ministerien unterschiedliche und teilweise miteinander konkurrierende Oberziele verfolgen.⁵² Vielmehr kommt es im Regierungshandeln darauf an, diese Ziele gegeneinander abzuwägen und einen entsprechenden Entschluss herbeizuführen.

⁵² Vgl. Ashoff, Guido (2005): Der entwicklungspolitische Kohärenzanspruch: Begründung, Anerkennung und Wege zu seiner Umsetzung, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, S. 25.

III. Eine nationale Sicherheitsstrategie zu Beginn des 21. Jahrhunderts?

Die Gestaltungsmöglichkeiten der Nationalstaaten werden aufgrund von Globalisierung und Europäisierung – so ist häufig zu hören – immer geringer. In der sicherheitspolitischen Diskussion wird zudem davon ausgegangen, dass kein Staat die zu bewältigenden Herausforderungen (Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus, Staatszerfall etc.) alleine lösen kann.⁵³ Welchen Nutzen soll daher eine *nationale* Sicherheitsstrategie haben?

Zunächst ist festzuhalten, dass eine nationale Sicherheitsstrategie einem multilateralen Politikansatz nicht widerspricht, sondern vielmehr die eigene Rolle systematisch beschreiben und Handlungsmöglichkeiten im Verbund mit anderen Staaten aufzeigen kann.

Entscheidender als dieses eher normativ geprägte Argument, sind jedoch die Handlungsmöglichkeiten von Nationalstaaten in einem neuartigen sicherheitspolitischen Umfeld.

⁵³ Zürn, Michael (1993): Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung als Chance.

Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ist intergouvernemental geprägt. Daher ist eine kohärente ESVP auf den Konsens der Mitgliedstaaten angewiesen. Die Entscheidungsfindung im NATO-Rat erfolgt ebenfalls im Konsens. Nur die Nationalstaaten verfügen über alle sicherheitspolitisch relevanten Instrumente ziviler und insbesondere militärischer Art.

Aus zwei Gründen ist jedoch im Vergleich zum Kalten Krieg ein Konsens weitaus schwieriger zu erzielen: Zum einen verwandelte sich das eindimensionale und klare Bedrohungs- und Konfliktbild der Ost-/West-Konfrontation in ein diffuses, multidimensionales Risikobild.

Zum anderen ist die reaktive und existentiell notwendige Landes- und Bündnisverteidigung einem präventiven Sicherheitsverständnis gewichen, das kaum eine geographische Eingrenzung kennt. Die Risikodiffusion und das präventive Sicherheitsverständnis machen unterschiedliche Risikoperzeptionen, Prioritätssetzungen und Handlungsweisen innerhalb der NATO und der EU möglich, ohne dabei – im Gegensatz zur Situation im Kalten Krieg – die eigene Existenz unmittelbar zu gefährden. Bis zum Ende des Kal-

ten Krieges war eine geschlossene Haltung der NATO-Partner die Grundlage einer glaubwürdigen Abschreckung gegenüber dem Warschauer Pakt. Heute ist eine unterschiedliche Haltung der NATO-Mitglieder beispielsweise zum Irak-Krieg im Jahr 2003 möglich, ohne dabei die Existenz der Mitgliedsstaaten zu gefährden.

Beide Tendenzen erhöhen also den Handlungsspielraum der Nationalstaaten, aber auch die Entscheidungszwänge, da die bisher reaktiv geprägte Sicherheitspolitik einem aktiven Ansatz gewichen ist. Die integrierten Eingreifverbände der NATO (NATO Response Force - NRF) und der EU (EU Battlegroups - EUBG) verstärken den Entscheidungsdruck weiter, da durch die darin angelegten Rotationszyklen jeweils einige wenige Länder für eine bestimmte Periode die Hauptlast der Einsätze für die gesamte NATO bzw. EU tragen. Der deutsche Beitrag zur NATO Response Force (NRF) umfasste z.B. im zweiten Halbjahr 2006 (NRF 7) 6.600 Soldaten. Eine ähnliche Größenordnung ist für das erste Halbjahr 2008 (NRF 10) vorgesehen. Eine Verweigerung hätte in diesem Fall weitaus größere bündnis- bzw. europapolitische

Konsequenzen als eine Nichtbeteiligung an einem ad-hoc zusammengestellten Einsatzverband.

In diesem neuartigen sicherheitspolitischen Umfeld ist also eine nationalstaatliche Positionierung notwendig. Diese nationale Positionierung wird jedoch häufig auf die Definition nationaler Interessen verengt. Diese ist sicherlich als Ausgangspunkt für eine Zweck-Ziel-Mittel-Relation notwendig. In der sicherheitspolitischen Diskussion wird die Bedeutung einer Interessendefinition jedoch gelegentlich überhöht. Als wäre durch die Definition nationaler Interessen der gordische Knoten einer vorgeblich orientierungslosen Sicherheitspolitik durchschlagen.

Auch nach einer Definition von nationalen Interessen ist eine Abwägung verschiedener Interessen notwendig. Eine klare Interessendefinition kann die sicherheitspolitische Diskussion und fallweise Betrachtung systematisieren, aber nicht ersetzen. Ein Automatismus des Regierungshandelns kann sich daraus nicht ergeben.

IV. Konzeptionelle, organisatorische und mentale Dimension in Deutschland

Im folgenden Abschnitt wird anhand der eingangs erwähnten drei Dimensionen die konzeptionelle, organisatorische und mentale Lage in Deutschland dargestellt und beurteilt. Abschließend werden erste Schlussfolgerungen gezogen und Lösungsvorschläge skizziert.

IV.1. Konzeptionelle Dimension

Den Rahmen für die konzeptionelle Dimension bilden die jeweiligen Grundsatzdokumente der NATO (Strategisches Konzept, Comprehensive Political Guidance) und der EU (Europäische Sicherheitsstrategie⁵⁴). Auf nationaler Ebene sind folgende Grundlagendokumente vorhanden: das im letzten Jahr erschienene Weißbuch⁵⁵, das Gesamtkonzept und der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktbei-

⁵⁴ Vgl. Europäische Union (2003): Europäische Sicherheitsstrategie – Ein sicheres Europa in einer besseren Welt.

⁵⁵ Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (2006): Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr.

legung und Friedenskonsolidierung⁵⁶ und die Verteidigungspolitischen Richtlinien⁵⁷ (VPR).

Da mit Hinweis auf die Europäische Sicherheitsstrategie die Notwendigkeit einer nationalen Sicherheitsstrategie bezweifelt wird, wird vor der Untersuchung der nationalen Grundlegendokumente die Europäische Sicherheitsstrategie analysiert. Anschließend werden die nationalen Grundlegendokumente untersucht.⁵⁸

Europäische Sicherheitsstrategie

Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) beginnt mit einer sehr sorgfältigen Risikoanalyse. Es fehlt aber – wohl

⁵⁶ Vgl. Bundesregierung (2004): Gesamtkonzept und Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktbeilegung, Friedenskonsolidierung“.

⁵⁷ Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (2003): Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung.

⁵⁸ Diese Darstellung und Beurteilung dieser Dokumente kann im Rahmen dieses Aufsatzes nur kursorischer Natur sein. Weitergehende Analysen u.a. bei Meier-Walser (2004): Unterschiedliche Perzeptionen – gemeinsame Strategie? Die „Europäische Sicherheitsstrategie“ lässt manche Frage offen. In: Politische Studien, Heft 393; Center for European Policy Studies/ International Institute for Strategic Studies (2003): European Security Strategy - Is it for real? ESF Working Paper No. 16; Bertelsmann-Stiftung (2006): Gut, aber nicht gut genug. Das neue sicherheitspolitische Weißbuch der Bundesrepublik Deutschland.

aufgrund des Konsensdruckes – eine klare Interessendefinition und eine stringente Ableitung und genauere Beschreibung der Mittel. So bleibt beispielsweise unklar, ob Prävention lediglich zivile Krisenprävention oder auch militärisches Handeln umfasst. Auch die künftige Rolle der Abschreckung wird nicht untersucht. Da die ESS keine klare Zweck-Ziel-Mittel-Relation beschreibt, kann nicht von einer Strategie, sondern lediglich von einer Konzeption⁵⁹ oder einem „prästrategischen“⁶⁰ Dokument gesprochen werden.

Weißbuch 2006

Nach zwölf Jahren wurde im Oktober 2006 ein neues Weißbuch veröffentlicht. Dieses beinhaltet zwar eine recht vage Interessendefinition. Trotzdem bleibt es hinter den (über)hohen Erwartungen zurück. Es mangelt an Stringenz und Substanz. Die Systematik widerspricht bereits den Grundsätzen der Strategietheorie. Im Weißbuch werden zunächst Gefahren beschrieben, erst dann eigene Interessen und Werte. Logisch wäre jedoch zunächst eine Interessende-

⁵⁹ Souchon, Lennart (2004): Clausewitz-Information 2/2004, Neue Herausforderungen an Operative Führung aus Sicht der Wissenschaft und der Streitkräfte, S. VIII.

inition, dann eine Identifizierung von Gefahren und abschließend die Formulierung **entsprechender** Ziele und Darstellung **entsprechender** Mittel. In weiten Teilen erschöpft sich das Weißbuch in Sachdarstellungen der Strukturen der VN, NATO, EU und der Bundeswehr.

Die Risikoanalyse ist nicht ausreichend und begrifflich unscharf. Es erfolgt keine Unterteilung in Risiko, Gefahr, Bedrohung. Der Terrorismus wird zwar als „unmittelbarste Gefahr“⁶¹ bezeichnet. Eine Analyse der Arten und Hintergründe des Terrorismus wird jedoch nicht vorgenommen. Terrorismus ist ein Mittel und kein Zweck. Vor einer solchen mittelorientierten Betrachtung warnt Clausewitz ausdrücklich: „Niemals kann das Mittel ohne den Zweck gedacht werden.“⁶² Der interaktive Charakter der Strategie und die damit einhergehenden Zwecke werden somit ausgeblendet. Hierdurch kann auch der gegnerische Schwerpunkt nicht identifiziert werden. Diese mangelnde Schwerpunkt-

⁶⁰ Lindley-French/ Algerie (2004): European Defence Strategy, S. 5.

⁶¹ Bundesministerium der Verteidigung (2003): Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, S. 15.

⁶² Clausewitz, Carl von (1980): I, 1, 24, S. 210.

orientierung ist ein weiterer eklatanter Mangel für eine Strategie im Clausewitz'schen Sinne.

Der Kern des Weißbuches, die Interessendefinition, ist zu unscharf und bleibt hinter vergleichbaren Dokumenten der Verbündeten zurück.

Besonders enttäuschend ist die Ausblendung der organisatorischen Dimension der Strategie. Das Weißbuch betont zwar stets die Bedeutung der „vernetzten Sicherheit“⁶³. Es wird jedoch an keiner Stelle ausgeführt wie die ressortübergreifende Sicherheitspolitik realisiert werden soll und welche neuartigen Koordinierungsmechanismen und -gremien hierfür erforderlich sind.

Die Bertelsmann-Stiftung stellt in einer Analyse zum Weißbuch treffend fest: „Die zentralen Aufgaben lauten nun, die Inhalte des Weißbuchs umzusetzen und dessen analytisch-konzeptionelle Schwächen zu beheben. Eine nationale Sicherheitsstrategie würde hierbei helfen.“⁶⁴

⁶³ Bundesministerium der Verteidigung (2006): Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, S. 29.

Anhand des Entstehungsprozesses des Weißbuches kann die eingangs beschriebene bürokratische Grenze der Strategieformulierung exemplarisch verdeutlicht werden.

Das Weißbuch wird traditionell vom Bundesministerium der Verteidigung federführend erarbeitet und dann vom Auswärtigen Amt und anderen Ressorts mitgezeichnet. Der erste Entwurf wurde im Planungsstab des Bundesministeriums der Verteidigung erarbeitet, wobei auf eine Beteiligung des Führungsstabes der Streitkräfte und anderer Stäbe und Dienststellen bis zur Weitergabe an die anderen Ressorts verzichtet wurde. Somit konnten die fundierten Kenntnisse der hauseigenen Fachleute nicht in den Ressortentwurf einfließen. Im Verlauf der Mitzeichnung wurde – wie zu erwarten – nicht substantiell Neues eingebracht, sondern lediglich „abgeschliffen“ und „weichgespült“.

Gesamtkonzept „Zivile Krisenprävention, Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung“

In der sicherheitspolitischen Diskussion oftmals unbeachtete Dokumente sind das Gesamtkonzept „Zivile Krisenpräventi-

⁶⁴ Bertelsmann-Stiftung (2006): Gut, aber nicht gut genug. Das neue

on, Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung“ und der hieraus abgeleitete Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung“.

Diese wurden vom Bundeskabinett verabschiedet und stehen somit in der Dokumentenhierarchie über den vom Bundesminister der Verteidigung erlassenen Verteidigungspolitischen Richtlinien⁶⁵. Gesamtkonzept und Aktionsplan waren, vor der Verabschiedung des Weißbuches im Oktober 2006, das einzige ressortübergreifende Grundlagendokument der Bundesregierung seit dem Weißbuch von 1994.⁶⁶

Das Gesamtkonzept und der Aktionsplan sollen die Kohärenz des Regierungshandelns im Bereich der Krisenprävention erhöhen. Als eine der wichtigsten Aktionen wird die Gründung eines Ressortkreises „Zivile Krisenprävention“ vorgeschlagen (siehe Abschnitt IV.2.), der die Ressortzusammenarbeit im

sicherheitspolitische Weißbuch der Bundesrepublik Deutschland, S. 4.

⁶⁵ Eine Verabschiedung im Kabinett scheiterte am koalitionsinternen Dissens über die Wehrpflicht.

⁶⁶ Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (1994): Weißbuch 1994. Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr.

Bereich der Krisenprävention effektiver gestalten soll. Die konzeptionellen Lösungsansätze sind jedoch wenig überzeugend. Zudem ist insbesondere der Aktionsplan stark von der entwicklungspolitischen Perspektive geprägt.

Eine differenzierte Befassung der einzelnen Konfliktphasen wird bereits durch die begriffliche Unschärfe des Aktionsplanes erschwert, da die im Titel vorgenommene Aufteilung in die Konfliktphasen „Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ im Text zu Gunsten eines alle Phasen umfassenden Präventionsbegriffes ersetzt wird.⁶⁷

Die hierdurch verlorene Trennschärfe ist jedoch zwingend notwendig, da die politischen Zwecke und somit die Kooperationsbereitschaft der potentiellen Konfliktparteien in den einzelnen Phasen sehr unterschiedlich sein können.⁶⁸ Die mangelnde Berücksichtigung des interaktiven Charakters der Strategie belegt zudem die unzureichende Risikoanalyse.

Der Aktionsplan berücksichtigt zwar auch nichtzivile Instrumente der Krisenprävention. Hierbei liegt der Schwerpunkt

⁶⁷ Vgl. Bundesregierung (2004): Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, S. X.

⁶⁸ Vgl. Naumann, Klaus (2001): Krisenreaktion. In: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.): Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen – Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff, S. 851-866.

jedoch auf militärischer Ausbildungshilfe: „Auch die Bundeswehr trägt zur Handlungsfähigkeit der Bundesregierung auf dem Gebiet der Krisenbearbeitung bei. Dies betrifft neben robusten Einsätzen zur Krisenprävention, Krisenbewältigung und Krisennachsorge vor allem den Dialog und die Kooperation zur Förderung ziviler Krisenprävention. Militärische Ausbildungshilfe und die Entsendung von Militärischen Beratern haben zu beachtlichen Erfolgen bei der Reform von Streitkräften in den Partnerländern geführt.“⁶⁹

Eine Synchronisation mit den Kernaussagen der Verteidigungspolitischen Richtlinien und der beginnenden Transformation der Bundeswehr ist jedoch nicht erkennbar. Stellenweise widerspricht die entwicklungspolitisch dominierte Argumentation des Aktionsplanes sogar den Grundannahmen der gleichzeitig eingeleiteten Aufstellung der Eingreifkräfte der Bundeswehr: Es werden Post-Konflikt-Regelungen eingefordert, in denen keine Konfliktpartei: „a priori inakzeptable Machtverluste oder Benachteiligungen hinnehmen muss“⁷⁰. Die ein Jahr vor der Verabschiedung des Aktionsplanes veröf-

⁶⁹ Bundesregierung (2004): Gesamtkonzept und Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktbeilegung, Friedenskonsolidierung“; S. 88.

⁷⁰ Ebd.

fentlichten VPR werden im Aktionsplan weder inhaltlich berücksichtigt, noch im Dokumentenanhang genannt.

Daher identifiziert auch eine erste Evaluation des Aktionsplanes beim „zivil-militärischen Schnittstellenmanagement“⁷¹ einen Handlungsbedarf und die „Entwicklung nationaler Leitlinien für die Zusammenarbeit in komplexen Szenarien der Friedenskonsolidierung“⁷² wird angestrebt.

Verteidigungspolitische Richtlinien 2003

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Mai 2003 sind traditionell als Grundlagendokument „für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung“⁷³ angelegt und erfüllen somit nicht die formalen Anforderungen an eine ressortübergreifende Sicherheitspolitik. Die VPR erheben auch nicht den Anspruch, ein Grundlagendokument für die gesamte Bundesregierung zu sein – ganz im

⁷¹ Bundesregierung (2006): Sicherheit und Stabilität durch Krisenprävention stärken, 1. Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, S.10.

⁷² Ebd.

⁷³ Bundesministerium der Verteidigung (2003): Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Ziffer 35.

Gegenteil: In den VPR wird explizit eine „gesamtstaatliche Sicherheitskonzeption“⁷⁴ angemahnt.

Neben diesen formalen Defiziten fehlt auch in den VPR eine klare Interessendefinition, somit ist eine stringente Zweck-Ziel-Mittel-Relation nicht zu erreichen.

Die VPR bilden jedoch die konzeptionelle Grundlage für konsequente Umwandlung der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer Einsatzarmee. Weltweit mögliche Auslandseinsätze, einschließlich Operationen hoher Intensität, sind nunmehr strukturbestimmend:

„Künftige Einsätze lassen sich wegen des umfassenden Ansatzes zeitgemäßer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihrer Erfordernisse weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen. Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art eines Einsatzes. Die Notwendigkeit für eine Teilnahme der Bundeswehr an multinationalen Operationen kann sich weltweit und mit geringem zeitlichen Vorlauf ergeben und das gesamte Einsatzspekt-

⁷⁴Ebd.

rum bis hin zu Operationen mit hoher Intensität umfassen.⁷⁵

Als Zwischenergebnis lässt sich festhalten: Weder die Europäische Sicherheitsstrategie noch die nationalen Dokumente genügen den Anforderungen an die eingangs erwähnten vier Merkmale der Clausewitz'schen Strategie. Insbesondere mangelt es bei der Risikoanalyse an einer fundierten Betrachtung der Zwecke und Schwerpunkte der anderen Akteure. Auch der friktionale Charakter der Sicherheitspolitik wird nicht beachtet, obwohl durch die durchweg multidimensional-ressortübergreifenden Ansätze diese Probleme verstärkt betrachtet werden müssten.

Ein Weißbuch bisheriger Prägung weist aufgrund des ministeriell üblichen Koordinierungsverfahrens (Federführung und Mitzeichnung) nur einen geringen Innovationsgrad auf. Durch diese „negative Koordination“ kommt es lediglich zu einem „Abschleifen“ des vom Bundesministerium der Verteidigung vorgelegten Entwurfs. So kann keine nationale Sicherheitsstrategie entstehen.

⁷⁵ Ebd., Ziffer 54.

Wohingegen bei einer „positiven Koordination“⁷⁶ alle Beteiligten, und ggf. Dritte (Wissenschaftler, Nichtregierungsorganisationen etc.), die Gelegenheit hätten, ihre Vorstellungen in einem frühen Stadium in die Diskussion einzubringen. Daher müsste eine interministerielle Arbeitsgruppe einen Entwurf für eine nationale Sicherheitsstrategie erarbeiten.

Dieses Vorgehen erhöht zwar den Koordinierungsaufwand erheblich, verspricht jedoch auch einen weitaus höheren Innovationsgrad. Zudem können durch die frühzeitige Beteiligung aller wesentlichen Akteure eine im Mitzeichnungsgang oftmals zu beobachtende Blockadehaltung vermieden werden.⁷⁷

IV.2. Organisatorische Dimension

Wie bereits dargestellt, gewinnen ressortübergreifende Ansätze in der Sicherheitspolitik an Bedeutung. Eine Vielzahl von Gremien ist mit der interministeriellen Abstimmung der Tagespolitik betraut. Hinzu kommt eine Vielzahl von bilate-

⁷⁶ Scharpf, Fritz (1993): Positive und negative Koordination in Verhandlungssystemen.

ralen Koordinierungsgesprächen zwischen verschiedenen Ressorts.

Trotzdem weist die deutsche Ministerialverwaltung immer noch ein erhebliches Kohärenzdefizit auf.⁷⁸ Die Entscheidungsvorbereitung ist bisher zu stark von Ressortegoismen und bilateralen Absprachen geprägt. Dieses Kohärenzdefizit ist in erheblichem Masse auf die starke Stellung der Ressorts im deutschen Regierungssystem zurückzuführen.

Das formell höchste Gremium der interministeriellen Koordination ist das Bundeskabinett. Ins Kabinett werden jedoch nur konsensfähige Themen eingebracht. Das Agenda-Setting und die Entscheidungsvorbereitung finden eher in quasiformellen Gremien (Koalitionsausschuss) statt. Gleichwohl können Kabinettsbeschlüsse eine nicht zu unterschätzende

⁷⁷ Vgl. Scharpf, Fritz (1972): Komplexität als Schranke der politischen Planung.

⁷⁸ Insbesondere die deutsche Afghanistanpolitik ist ein Beleg für die weiterhin mangelnde Kohärenz der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Beispielsweise stellt die Bundeswehr der afghanischen Polizei 10.000 Pistolen zur Verfügung, zeitgleich weigert sich das BMI der afghanischen Polizei Tränengas zu liefern. Dieses unabgestimmte und widersprüchliche Vorgehen erschwert den von Deutschland verantworteten Polizeiaufbau erheblich.

Dynamik innerhalb der Ministerialverwaltung entfalten (z.B. der Aktionsplan).

Der Bundessicherheitsrat (BSR) ist der für sicherheitspolitische Fragen zuständige Kabinettsausschuss. Diesem Ausschuss gehört der Bundeskanzler und die Minister der sogenannten BSR-Ressorts (AA, BMI, BMVg, BMF, BMWi, BMJ, BMZ⁷⁹) an. In den letzten Jahren war der BSR jedoch hauptsächlich mit der Genehmigung von Rüstungsexporten betraut.⁸⁰ Weitergehende Diskussionen über die Leitlinien der deutschen Sicherheitspolitik finden zumeist nicht im BSR statt. Hierfür werden, wie bereits beim Kabinett dargestellt, zunehmend andersartige Gremien genutzt.

Der „Ressortkreis Krisenprävention“ wurde im Rahmen des Aktionsplanes gegründet. Das auf der Arbeitsebene (Referenten bzw. Referatsleiter) angesiedelte Gremium befasst sich nicht mit den geographischen Schwerpunkten der deutschen Sicherheitspolitik (Balkan und Afghanistan), sondern

⁷⁹ Seit 1998 Mitglied im BSR.

⁸⁰ Vgl. Meier-Klodt (2002): Einsatzbereit in die Krise? SWP-Studie 2002/S 34; S. 14.

ist auf mittelfristige Krisenpräventionsmaßnahmen fokussiert (z.B. Sicherheitssektorreform in Indonesien). Bisher fehlt dem Ressortkreis das „politische Momentum“⁸¹. Daher soll künftig die Anbindung an die Staatssekretäre gestärkt werden. Trotz der Vielzahl von Abstimmungsgremien „fehlt im deutschen Institutionengefüge ein Gremium, wo in langfristiger Perspektive sicherheitspolitische konzeptionelle Grundlagen und Strategien sowie Leitlinien und Rahmenvorgaben für den Einsatz von Ressourcen entwickelt werden.“⁸²

Passt man die Clausewitz'schen Überlegungen zur Organisation von Entscheidungsprozessen (Teilnahme des Generalstabschefs an Kabinettsitzungen) an die Erfordernisse einer umfassenden Sicherheitspolitik an, müsste die Entscheidungsfindung im Kabinett durch ressortübergreifende

⁸¹ Bundesregierung (2006): Sicherheit und Stabilität durch Krisenprävention stärken, 1. Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, S. 97.

⁸² Alamir, Fouzieh (2006): Der erweiterte Sicherheitsbegriff in der Umsetzung. Entwicklung, Diskrepanzen und Perspektiven, S. 5 In: Reader Sicherheitspolitik, Ergänzungslieferung 01/06.

Beratungsgremien aller relevanten Bundesressorts flankiert werden.

Um die bürokratische Grenze abzuschwächen, regt der Zwischenbericht zum Aktionsplan an, „Strukturen und Mechanismen zu etablieren, die eine größere Kohärenz und Ausrichtung auf ein gemeinsam definiertes Ziel möglich machen“⁸³.

In diesem Zusammenhang wird häufig eine Aufwertung des BSR und ein entsprechender administrativer Unterbau vorgeschlagen.⁸⁴ Diese Umorganisation bildet jedoch nur ungenügend die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen ab, da sich Sicherheitspolitik nicht auf die BSR-Ressorts verengen lässt. Beispielsweise ist die Beteiligung des Gesundheitsministeriums (und dessen nachgeordneten Bereichs) mit Blick auf einen terroristischen Anschlag mit

⁸³ Bundesregierung (2006): Sicherheit und Stabilität durch Krisenprävention stärken, 1. Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, S. 95.

⁸⁴ Vgl. Bundesakademie für Sicherheitspolitik (2006): Sicherheitspolitik 2010 – präventiv, umfassend, nachhaltig, Seminar für Sicherheitspolitik 2006, S. 13.

ABC-Waffen unerlässlich. Im Bereich der Sicherheitsforschung spielt das Forschungsministerium eine immer wichtigere Rolle.⁸⁵ Eine zwar modifizierte, aber weiterhin statische Struktur eines gestärkten Bundessicherheitsrates ist jedoch nicht ausreichend. Vielmehr müsste eine flexible und aufgabenorientierte Struktur aufgebaut werden, die die Fachexpertise aller thematisch relevanter Bundesministerien in die Entscheidungsfindung einbezieht.

Vertreter unterschiedlicher Ministerien bemängeln oftmals die Rolle des Bundeskanzleramtes. Dieses beschränkt sich zumeist auf eine beobachtende Rolle. Das Bundeskanzleramt könnte jedoch als einzige Institution die häufigen Entscheidungsblockaden zwischen den einzelnen Ministerien auflösen. Diesem Einfluss sind natürlich koalitionspolitische Grenzen gesetzt, gleichwohl könnte der noch vorhandene Handlungsspielraum verstärkt genutzt werden. Diese aktivere Rolle wäre auch innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens (Ressort- und Richtlinienprinzip) möglich.

⁸⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung (5. Juli 2006): Wissenschaft soll bei der Terrorbekämpfung helfen, S. 4.

Daher sollten themenbezogen zusammengesetzte Beratungsgremien unter Leitung des Bundeskanzleramtes die Entscheidungen im Kabinett vorbereiten und begleiten. Hierzu sollte vor allem auf die Expertise der Ministerien zurückgegriffen werden, um unnötige Duplizierungen zu vermeiden. Dem Bundeskanzleramt würde die Rolle eines Koordinators und Impulsgebers zukommen.

Um eine höhere Kohärenz bei der Kooperation zu erzielen, wurde mit Hinweis auf die Ressortzusammenarbeit in Großbritannien untersucht, inwiefern Haushaltsmittel für Krisenpräventionsmaßnahmen in ressortübergreifenden Fonds bzw. Pools zusammengefasst werden können.⁸⁶ Eine interne Untersuchung ergab jedoch, „dass die Organisation der Exekutivgewalt sowie die haushaltsrechtlichen, politischen und finanziellen Voraussetzungen in Deutschland und Großbritannien beträchtliche Unterschiede aufweisen. Die Einrichtung derartiger Fonds für Konfliktprävention nach briti-

⁸⁶ Vgl. UK Government (2003): The Global Conflict Prevention Pool.

schem Vorbild erscheint zumindest unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen daher nicht angeraten.⁸⁷

Dieses Ergebnis ist aufgrund der lediglich intern angelegten Untersuchung wenig überraschend. Das *Pooling* von Haushaltsmitteln sollte jedoch insbesondere mit Blick auf die militärisch-entwicklungspolitischen Schnittstellen nochmals ergebnisoffen überprüft werden. Insbesondere im Bereich der zivil-militärischen Zusammenarbeit in Afghanistan wäre ein solcher Ansatz sehr erfolgversprechend.

IV.3. Mentale Dimension

Im Zentrum der Überlegungen sollten, im Sinne von Clausewitz, jedoch nicht brillante Papiere und ausgefeilte Organigramme stehen, sondern die „moralischen Größen“ aller Teile einer „modernen Dreifaltigkeit“.

Wie bereits angesprochen ist, insbesondere bei einer gewaltsamen Konfliktbearbeitung, ein Konsens zwischen den Teilen der „modernen Dreifaltigkeit“ von besonders großer Bedeutung. Es besteht jedoch eine erhebliche Diskrepanz

⁸⁷ Bundesregierung (2006): Sicherheit und Stabilität durch Krisenprävention stärken, 1. Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des

zwischen der Neuausrichtung der Bundeswehr und dem Meinungsbild in der Bevölkerung.

Die Bundeswehr wird im Sinne der Verteidigungspolitischen Richtlinien in eine Einsatzarmee umgewandelt. Ein Kernbestandteil dieser Transformation ist die Aufstellung von Eingreifkräften als Teil der NRF und der EUBG (vgl. Abschnitt III.). Diese Entwicklung verläuft jedoch in keiner Weise synchron mit der Entwicklung anderer Ressorts (siehe Aktionsplan) oder gar den anderen Teilen der Dreifaltigkeit (Politik und Bevölkerung).

Bisher beschäftigen sich die jeweiligen Ministerien zu sehr mit den spezifischen Teilaspekten einer – vorgeblich – umfassenden und vernetzten Sicherheitspolitik. Der Aktionsplan mag hier ein erster Schritt zum ressortübergreifenden Gedankenaustausch sein. Darauf aufbauend muss sich ein *gemeinsames* Verständnis multidimensionaler Sicherheitspolitik entwickeln, das die verschiedenen Ressortperspektiven nicht negiert, sondern in einem gemeinsam erarbeiteten Ansatz bündelt. Durch die Formulierung einer nationalen Sicherheitsstrategie würde erheblicher zusätzlicher Kohä-

Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedens-

renzdruk in der Exekutive entstehen. Der ressortübergreifende Ansatz darf sich jedoch nicht in konzeptioneller Arbeit erschöpfen, sondern muss von den Mitarbeitern verinnerlicht und gelebt werden. Daher ist eine verstärkt ressortübergreifende Ausbildung der Ministerialverwaltung von großer Bedeutung. Hierfür bietet sich eine intensivere Nutzung der Bundesakademie für Sicherheitspolitik an.

Schwerwiegender ist jedoch die Diskrepanz in den anderen Teilen der Dreifaltigkeit.

Sowohl die Bevölkerung als auch die Parlamentarier sind sich der im Rahmen der NATO und EU eingegangenen militärischen Verpflichtungen nicht bewusst. Dies stellte auch Bundesminister Jung kurz vor der Verabschiedung des Weißbuches fest: „Ich bin mir sicher, dass die internationalen Verpflichtungen, die die Bundesrepublik Deutschland schon eingegangen ist, weder vollständig im Bewusstsein der Bevölkerung sind noch im Bewusstsein von einem größeren Teil der Bundestagsabgeordneten.“⁸⁸

konsolidierung“, S. 82.

⁸⁸ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Mai 2006.

Die Politik kann – ganz im Sinne der Clausewitz'schen Theorie – jedoch nur dann ihrer Aufgabe gerecht werden, wenn die politischen Entscheidungsträger mit den Möglichkeiten und Grenzen des militärischen Instruments vertraut sind.⁸⁹ Die Diskussionen um NRF und EUBG sind jedoch bisher zu wenig auf den Zweck dieser Verbände konzentriert, vielmehr sie oftmals von juristischen (Parlamentsbeteiligung) und streitkräfteplanerischen (Interoperabilität, Lufttransportkapazitäten etc.) Teilaspekten geprägt. Welcher fundamentale Wandel in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit der Aufstellung schnell verfügbarer, multinationaler Eingreifverbände einhergeht, wird oftmals übersehen, da – im Widerspruch zur Clausewitz'schen Theorie – das Mittel losgelöst vom Zweck betrachtet wird. Die politischen Entscheidungsträger müssen – stärker als bisher – mit den möglichen Szenarien vertraut gemacht werden. Um deren „Takt des Urteils“ zu schärfen, sind dem Clausewitz'schen Vorbild folgend, Übungen notwendig. Daher sollten in regelmäßigen Abständen Parlamentarier und Kabinettsmitglieder an ressortübergreifenden Planspie-

⁸⁹ Vgl. Clausewitz, Carl von (1980): Vom Kriege, VIII, 6B, S. 994.

len teilnehmen. Hierbei könnten Politiker sich vor Beginn einer akuten Krise mit den Möglichkeiten und Grenzen des eigenen Handelns vertraut machen, mögliche Entwicklungen gedanklich vorbereiten und Entscheidungsprozesse überprüfen. Vergleichbares war während des Kalten Krieges im Rahmen der WINTEX- und HILEX-Übungen bereits einge spielt.⁹⁰ Aktuelle, ressortübergreifende Szenarien werden teilweise im Rahmen der Übungsreihe *Multinational Experiment* (MNE) erarbeitet. Hierauf aufbauend sollten entsprechende Planspiele mit Parlamentariern und Regierungsvertretern (Leitungs- und Arbeitsebene) durchgeführt werden. Die Entscheidungsträger müssen in einem exemplarischen Szenar mit den teilweise bereits absehbaren Problemen bei Entscheidungsfindung und Einsatzdurchführung (politische und bürokratische Friktionen) konfrontiert werden. Dies ist insbesondere mit Blick auf die Einsatzverbände von NATO und EU dringend notwendig. Anschließend können die hierbei gewonnenen Erkenntnisse wichtige Impulse für die politische Diskussion, aber auch für die konzeptionelle und organisatorische Weiterentwicklung geben. Die Entstehungs-

⁹⁰ Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (1974): Weißbuch

geschichte des Parlamentbeteiligungsgesetzes zeigt, welche Dynamik ein ähnliches Planspiel auf NATO-Ebene entfaltet hat.⁹¹ Es bietet sich an, das für 2008 geplante CD&E⁹²-Vorhaben der NATO *Multinational Experiment 5* (MNE 5) um einen politischen Anteil zu erweitern.

Durch den somit geschärften „Takt des Urteils“ könnten die Parlamentarier, Minister und Staatssekretäre verstärkt als Multiplikatoren für die gesellschaftliche Debatte dienen. Nur so kann die oftmals eingeforderte gesellschaftliche Debatte über Sicherheitspolitik in Gang kommen. Es bedarf der durch die Konfrontation mit einem exemplarischen Szenar geprägten Antreiber. Ob hierdurch auch die (partei)politische Grenze der Strategie verändert werden kann, bleibt abzuwarten.

1973/1974, S. 23.

⁹¹ Im Rahmen eines NATO-Verteidigungsministertreffens im Oktober 2003 wurde in einem Planspiel der Einsatz der NRF simuliert. Im Verlauf der Übung konnte BM Struck - unter Hinweis auf den Parlamentsvorbehalt - keine Aussage zu einer deutschen Beteiligung treffen. Daraufhin initiierte Struck das Parlamentsbeteiligungsgesetz; vgl. Berliner Zeitung vom 10. Oktober 2003, S. 7.

⁹² Concept Development & Experimentation.

Nicht nur im politisch-parlamentarischen Raum sind diese fundamentalen Veränderungen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik noch nicht im notwendigen Maß diskutiert und verinnerlicht worden. Auch im Bewusstsein der Bürger finden sicherheitspolitische Fragen keine große Beachtung. Die innenpolitische Debatte wird vielmehr von Fragen der sozialen Sicherheit (Hartz IV) dominiert. Der Bundespräsident hat diesen Zustand trefflich als „freundliches Desinteresse“⁹³ beschrieben.

Empirische Untersuchungen belegen das vom Bundespräsidenten unterstellte Informationsdefizit. Zwischen der mangelnden Information und der Meinungsbildung besteht zudem ein enger Zusammenhang. So stellt das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr in einer aktuellen Umfrage fest:

„Von denen, die sich beispielsweise sehr gut über die Beteiligung der Bundeswehr an ISAF informiert fühlen, befürworten 86 Prozent diesen Einsatz. Von denen, die sich sehr schlecht informiert fühlen, stimmen lediglich 46 Prozent zu.

⁹³ Bundespräsidialamt (2005): Einsatz für Freiheit und Sicherheit, Rede des Bundespräsidenten bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr am 10. Oktober 2005, S. 6.

Der Unterschied beträgt 40 Prozentpunkte. Mehr noch: Bei der ersten Gruppe sind die Befürworter eindeutig in der Mehrheit, bei der zweiten Gruppe sind sie es nicht.⁹⁴

Die Unterstützung der Bevölkerung für ein militärisches Engagement hängt zudem von der jeweiligen Aufgabenstellung ab:

„Einhellig unterstützt werden humanitäre Hilfseinsätze der Bundeswehr, beispielsweise um die Opfer einer Naturkatastrophe oder eines Bürgerkrieges mit Nahrungsmitteln zu versorgen und medizinische Hilfe zu leisten. Der Anteil der Befürworter für diese Aufgaben liegt bei 94 bzw. 92 Prozent. Eine breite Mehrheit möchte die Bundeswehr auch für Rettungs- und Befreiungsaktionen entsenden, um beispielsweise deutsche Staatsbürger aus Krisengebieten zu evakuieren oder um deutsche Staatsbürger aus der Hand von Geiselnehmern zu befreien. [...]. Nur noch eine knappe Mehrheit befürwortet einen Einsatz der Bundeswehr, um die Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen zu sichern, um sich an Friedenstruppen in Afrika zu beteiligen, um bei der Durchführung demokratischer Wahlen zu helfen

⁹⁴ Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (2005): Bevölke-

oder um Drogenanbau und Drogenhandel in anderen Ländern zu unterbinden. Ein beachtlicher Teil der Bevölkerung, die Spanne reicht von 35 bis 42 Prozent, lehnt einen Auslandseinsatz der Bundeswehr mit diesen Zielen ab. Nur noch eine Minderheit würde deutsche Soldaten entsenden wollen, um eine ausländische Regierung zu entmachten, die elementare Menschenrechte verletzt.“⁹⁵

Es kann also eine erhebliche Diskrepanz zwischen den konzeptionellen Annahmen der VPR und der sich daraus ergebenden Transformation der Bundeswehr und dem Informationsstand sowie dem Meinungsbild der verschiedenen Teile der Dreifaltigkeit festgestellt werden. Dieser Zustand ist aus Clausewitz'scher Perspektive höchst problematisch, da eine so weit reichende Distanz zwischen den Teilen der Dreifaltigkeit unmittelbar vor einem möglichen friedens erzwingenden Einsatz der NRF oder EUBG nicht überbrückt werden kann. Eine breite gesellschaftliche Unterstützung ist jedoch gerade bei einem solchen Kampfeinsatz zwingend notwendig.

rungsumfrage 2005, S. 32

Eine große Zahl von Ansprachen und Aufsätzen zu sicherheitspolitischen Fragestellungen endet mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer breiten gesellschaftlichen Debatte über Sicherheitspolitik. Es bleibt jedoch allzu oft bei diesem Allgemeinplatz. Um diese notwendige Debatte in allen Teilen der Dreifaltigkeit führen zu können, ist zunächst eine offensivere Informationspolitik der Bundesregierung erforderlich. Wie bereits dargestellt, bedarf eine Diskussion zunächst der Information, dieser Informationspflicht kommt die Bundesregierung jedoch oft nur ungenügend nach. Insbesondere die deutschen Beiträge an NRF und EUBG werden unzureichend kommuniziert. Am Beginn einer sicherheitspolitischen Diskussion muss daher eine offenere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung stehen, die die deutschen Verpflichtungen klar benennt und mögliche Einsatzszenarien skizziert – ohne dabei einer alarmistischen Stimmung Vorschub zu leisten.

So konnten beispielsweise die bereits angesprochenen Plan-
spiele mit entsprechender Medienarbeit begleitet werden.

⁹⁵ Ebd., S. 34.

Nur so können die eingegangenen Verpflichtungen und der damit zusammenhängende sicherheitspolitische Kontext einer breiten Öffentlichkeit vermittelt werden. Hierauf aufbauend kann sich ein Verständnis in der Bevölkerung für die sich wandelnde Rolle Deutschlands in der Welt entwickeln. Auch die Diskussion um das neue Weißbuch findet – bezeichnenderweise – in Fachzirkeln statt, die breite Diskussion um die Grundlinien der deutschen Sicherheitspolitik ist bisher ausgeblieben. Dass man auch einen offenen Dialog bei der Erarbeitung eines solchen Dokumentes befördern kann, zeigt das Vorgehen in Großbritannien. Dort war die Bevölkerung aufgefordert den im Internet zugänglichen Entwurf des entsprechenden Grundlagenpapiers der Regierung zu kommentieren. Die Kommentare flossen dann in die Endfassung ein. In Deutschland wird ein Weißbuch nach Abschluss der Mitzeichnungsphase vom Kabinett verabschiedet und der Öffentlichkeit vorgestellt. Ein Verfahren, dass die öffentliche Debatte eher unterdrückt, anstatt dieselbige zu befördern.

V. Fazit

Das sicherheitspolitische Umfeld erfordert eine nationale Sicherheitsstrategie. Weder die europäische Sicherheitsstrategie noch die nationalen Grundlagendokumente sind Strategien im Clausewitz'schen Verständnis. Ein Weißbuch bisheriger Art genügt den Anforderungen an eine ressortübergreifende Sicherheitspolitik nicht. Die Formulierung einer nationalen Sicherheitsstrategie reicht jedoch nicht aus. Weitaus bedeutender sind organisatorische Modifikationen. Es bedarf dringend neuartiger Beratungs- und Entscheidungsgremien für sicherheitspolitische Fragestellungen. Eine Reform des Bundessicherheitsrates ist nicht ausreichend, da mittlerweile (fast) alle Bundesministerien in den Entscheidungsprozess einbezogen werden müssen. Somit ist Sicherheitspolitik keine Aufgabe des Bundessicherheitsrates, sondern ein Querschnittsthema des gesamten Kabinetts. Die Strategiedebatte sollte stärker als bisher die mentale Dimension bei der Strategieentwicklung – und -implemen-

tierung beachten. Exekutive und Legislative müssen die jeweiligen Handlungsoptionen exemplarisch erproben. Hierfür bieten sich Planspiele als „Katalysator“ an.

Von zentraler Bedeutung ist jedoch eine verstärkte Information der Bevölkerung. Diese muss durch die Bundesregierung und das Parlament aktiver als bisher über die sich wandelnde Rolle Deutschlands informiert werden. Nur dann kann die so oft eingeforderte Debatte über Sicherheitspolitik beginnen und verantwortungsvoll geführt werden.

Andernfalls wird diese Diskussion – der Medienlogik folgend – erst beginnen, wenn sich die Lage in Afghanistan weiter verschlechtert oder die NRF bzw. eine EUBG eingesetzt wird. Doch dann ist es für die sicherheitspolitische Grundsatzdebatte und Standortbestimmung zu spät.

GESPRÄCHSFORUM:

Kommentar zu:

„Das Geheimnis der Weltgeschichte“: Die Begründung strategischen Denkens aus dem politischen Realismus*Eckard Bolsinger*

Alfred Schmidts Aufsatz in der Clausewitz-Information 1/2007 rückt Clausewitz' historisch-politischen Realismus in den Mittelpunkt seiner Analyse. Damit gelingt es ihm zu zeigen, dass ein ernsthaftes Nachdenken über Krieg und Strategie auf einem realistischen Verständnis der internationalen Politik fußen muss. Der untenstehende Beitrag versucht Schmidts Ansatz weiter zu denken, indem die ökonomische und symbolische Dimension des politischen Realismus für das strategische Denken aufgezeigt wird. Jede Beschäftigung mit Themen der Sicherheitspolitik muss die großen Fragen nach dem Sinn der Weltgeschichte und der Logik der Macht stellen. Strategisches und sicherheitspolitisches Denken erzwingen die Einbeziehung einer realistischen Perspektive der internationalen Politik.

1. Das strategische und intellektuelle Defizit Europas

Die internationale Machtposition eines Staates entspricht der Qualität seines strategischen Denkens. So liegen die wahren Wurzeln der strategischen Bedeutungslosigkeit Europas gegenüber den USA nicht allein in den mangelnden militärischen Fähigkeiten und dem knappen Verteidigungsbudgets des Kontinents, sondern sind auch der Abwesenheit strategischen Denkens geschuldet. Dies ist das Urteil Robert Kagens in seiner Studie über die grundlegenden Differenzen außenpolitischen Denkens zwischen der alten und der neuen Welt.⁹⁶ Sich unter dem amerikanischen Schutzschirm sicher fühlend, glaubten die Europäer nach dem Zweiten Weltkrieg das Denken in den Kategorien der Strategie, der Macht- und Geopolitik überwunden zu haben. Sie flüchteten in eine Scheinwelt, in der militärische Gewalt als Mittel der Politik von dem Vorrang des Völkerrechts, des internationalen Handels und des diplomatischen Verhandeln abgelöst worden ist. Die Europäer, die einst den politischen Realismus erfanden, verwandelten sich in Idealisten. Sie konnten aber

nur derartigen „legalistischen und moralistischen Flausen“⁹⁷ aufsitzen, weil die USA nach wie vor nach den Prinzipien des politischen Realismus handelten. Die überlegene Macht der Vereinigten Staaten brachte den Europäern Schutz vor auswärtigen und inneren Gefahren, was gleichzeitig zur Verkümmern strategischen und außenpolitischen Denkens führte. Befreit von den Mühen, sich den Gesetzen der Machtpolitik zu stellen, stürzten sich die Europäer statt dessen auf die theoretische Fundierung und den materiellen Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Politik wurde fast ausschließlich zur Sozial- und Wirtschaftspolitik. Hier liegt wohl auch der Grund dafür, dass die akademischen Fächer *International Relations* und *Strategic Studies* von amerikanischen Wissenschaftlern dominiert werden und die Europäer sich den Moden dieser Disziplinen unterwerfen.

Wenn Kagans These vom Mangel strategischen Denkens der Europäer richtig sein sollte, so wäre der erste Schritt einer europäischen Strategie und Sicherheitspolitik – verstanden

⁹⁶ Robert Kagan (2003) *Macht und Ohnmacht: Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*. Berlin: Siedler.

⁹⁷ Ebd. 68.

als Politikfeld wie als Fach – ein tief greifender Wandel des außenpolitischen Denkens. Die Einrichtung von sicherheitspolitischen Institutionen im Rahmen der EU ohne vorheriges Nachdenken über Strategie, gliche dabei dem Bau eines Hauses auf sandigem Untergrund. Ohne Theorie der Strategie muss selbst ein fein austariertes Gebäude von Organisationen früher oder später ins Rutschen geraten. Ohne das theoretische Nachdenken über Strategie und die internationalen Beziehungen verkommen Strategie und Sicherheitspolitik als Forschungsfach zur bloßen Faktenhuberei und geistlosen Institutionenkunde. Doch aus welchem Traditionsbestand außenpolitischen und strategischen Denkens können sich die Europäer bedienen? Prägend für die Geschichte der europäischen Staatenwelt war der politische Realismus. Versperren die beiden Weltkriege nicht den Rückgriff auf den realistischen Ansatz außenpolitischen Denkens? Ein Denken, das von der Machtpolitik als dem primären Phänomen zum Verständnis der internationalen Beziehungen ausgeht, scheint durch eben diese Praxis diskreditiert zu sein. Aber was kann die realistische Theorie dafür, wenn sie zur Aufklärung der politischen Welt beiträgt?

2. Politischer Realismus als Basis strategischen Denkens

Die dreißiger Jahre des 19. Jahrhundert in Deutschland markieren eine Hochphase des politischen Realismus als Theorie der internationalen Politik. Carl von Clausewitz' *Vom Kriege* (1832/1834), Leopold von Rankes *Die Großen Mächte* und *Politisches Gespräch* (1833/1836) sowie Friedrich Lists *Das nationale System der politischen Ökonomie* (1837/1841) bilden die Grundsteine für ein Denken, das systematisch die Machtkämpfe zwischen Staaten in den Mittelpunkt politischen Denkens rückt. Alle drei knüpfen dabei an den Realismus vor ihrer Zeit an. Dieser widmete sich entweder dem Nachdenken über den Inhalt der Staatsraison, das heißt dem politischen Imperativ, den Staat in einer konfliktbeherrschten Welt mit *allen* Mitteln zu erhalten, oder dem Gleichgewicht der Mächte als dem zentralen Strukturprinzip der internationalen Politik.⁹⁸ Seit 1939 sind diese drei Denker auch die geistigen Bezugspunkte verschiedener Generationen des englischen bzw. amerikanischen Realismus in dem Prozess des Aufbaus und der Weiterentwick-

⁹⁸ Siehe Jonathan Haslam (2002) *No virtue like Necessity: Realist Thought in International Relations since Machiavelli*. New Haven and London: Yale University Press, 17-127.

lung eines eigenständigen akademischen Fachs *International Relations* geworden.⁹⁹

Während Ranke sich vor allem auf die **symbolische** Dimension der Machtkämpfe konzentrierte, indem er auf die nationalen und moralischen Quellen der staatlichen Macht verwies, widmete sich Clausewitz der **militärischen** Dimension der Rivalität zwischen Staaten, indem er Gewalt und Krieg mit Politik systematisch verknüpfte. List schließlich zeigte, wie sich die Machtkämpfe zwischen Staaten im **wirtschaftlichen** Bereich fortsetzen und dass die ökonomische Quelle der politischen Macht nicht minder wichtig ist als ihre militärische Verankerung. Alle drei Denker zusammen bilden ein Verständnis der internationalen Politik und der Strategie, das militärische, symbolische und wirtschaftliche Faktoren integriert.¹⁰⁰ Gerade darin liegt ihre Aktualität. Sie

⁹⁹ Jonathan Haslam (2002) *No virtue like Necessity*, 183-246.

¹⁰⁰ Strategie wird in diesem Beitrag verstanden als der Einsatz militärischer, symbolischer und ökonomischer Macht, um die politischen Ziele bzw. nationalen Interessen eines Staates in einem konfliktreichen Umfeld zu erreichen oder zu schützen. Üblicherweise spricht man hier von einer Groß- oder Gesamtstrategie, die politische, militärische, symbolische und ökonomische Faktoren der Staatsmacht integriert. Zu diesem Verständnis siehe Paul Kennedy (1989) *Aufstieg und Fall der großen*

zeigen auch, dass ein Staat seine Macht in der Welt nicht nur der überlegenen Waffengewalt verdankt, sondern auch seiner wirtschaftlichen Kraft und der Konzentration der ‚moralischen Energie‘ (Ranke) eines Volkes, wenn er gemeinsame Ziele erreichen will. Der Gebrauch militärischer Macht oder die Drohung ihres Einsatzes kann für eine Regierung ein Weg neben anderen Möglichkeiten sein, um ihre Ziele durchzusetzen. Wirtschaftliche oder symbolische Mittel können in anderen Situationen aber eher zur Zielerreichung beitragen. Strategie wird so zum Gebrauch der militärischen, ökonomischen oder symbolischen Macht für politische Zwecke.

Es ist festzuhalten, dass der politische Realismus keine wissenschaftliche Theorie darstellt, die bestätigt oder widerlegt werden könnte. Er ist vielmehr eine philosophische Haltung, die eine Reihe von Aussagen über die Struktur der Weltpoli-

Mächte: Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500-2000. Frankfurt a. M.: Fischer Verlag, 771-787, B.H. Liddell Hart (o.J.) *Strategie.* Wiesbaden: Rheinische Verlags-Anstalt, 396f.

tik und Weltgeschichte formuliert.¹⁰¹ Der politische Realismus stellt auch keine umsetzbaren Handlungsanweisungen für den politischen oder militärischen Praktiker bereit. Ihm geht es um die Einübung eines bestimmten Blickwinkels, von dem aus die politische Welt betrachtet werden kann. Er ist auch kein relevanter Ausbildungsgegenstand für Karrieristen, die keinen Wert auf intellektuelle Herausforderungen legen und nur das Ableisten von prüfungsrelevantem Wissen kennen. Vielmehr bildet der politische Realismus einen Bestandteil einer humanistischen Bildung, die den Einsatz der ganzen Person fordert. „True liberal education requires that the student’s whole life be radically changed by it, that what he learns may affect his action, his tastes, his choices, that nor previous attachment be immune to examination and hence re-evaluation. Liberal education puts everything at risk and requires students who are able to risk every-

¹⁰¹ Robert Gilpin (1986) ‘The Richness of the Tradition of Political Realism’. in Robert O. Keohane (Hrsg.) *Neorealism and its Critics*. New York: Columbia University Press, 304.

thing".¹⁰² Wie jede politische Theorie ist auch der Realismus zu allererst Selbstbildung.

Im Folgenden sollen einige zentrale Elemente des politischen Realismus aufgezeigt und auf ihre strategischen Implikationen hingewiesen werden. Da die Zusammenhänge zwischen einem realistischen Ansatz der internationalen Politik und militär-strategischem Denken als relativ gut erforscht gelten können¹⁰³, beschränkt sich der vorliegende Beitrag auf die ökonomischen und symbolischen Dimensionen des Realismus und seiner Konsequenzen für strategisches Denken.

3. Geschichte als Prinzip

Der politische Realismus, wie er in den Werken von Ranke, Clausewitz und List formuliert wird, zeigt den „sich radika-

¹⁰² Allan Bloom (1987) *The Closing of the American Mind: How higher education has failed democracy and impoverished the souls of today's students*. New York: Simon & Schuster, 370.

¹⁰³ Raymond Aron (1986) *Frieden und Krieg: Eine Theorie der Staatenwelt*. Frankfurt a. M.: Fischer Verlag, Donald Kagan (1995) *On the Origins of War and the Preservation of Peace*. New York: Anchor Books, Colin S. Gray (1999) *Modern Strategy*. Cambridge: Cambridge University Press, Philip Bobbit (2003) *The Shield of Achilles: War, Peace and the Course of History*. London: Penguin Books, Colin S.

lisierenden Abbau überzeitlicher Normensysteme und die zunehmende Erkenntnis, dass wir uns als geschichtliche Menschen verstehen müssen bis in die innersten Zonen unseres Menschseins“.¹⁰⁴ Geschichte als Prinzip besagt, dass Geschichte zur Grundbestimmung der konkreten Wirklichkeit wird. Alles, was existiert und geschieht, muss auf seine Geschichtlichkeit hin durchleuchtet werden. Glaubte die Epoche der Aufklärung noch an moralische Normen, wirtschaftliche Maximen und wissenschaftliche Maßstäbe, die für alle Menschen gleichermaßen gelten, also universal sind, so bedeutet das historische Prinzip, dass Recht, Moral, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik nur in Beziehung zu ihren jeweiligen historischen, politischen und nationalen Zusammenhängen gültig und zu verstehen sind. Die Vernunft ist nicht mehr universal, sondern historisch relativ. Das Nachdenken über internationale Politik und Strategie richtet sich

Gray (2005) *Another Bloody Century: Future Warfare*. London: Weidenfeld & Nicolson.

¹⁰⁴ Walter Schulz (1984) *Philosophie in der veränderten Welt*. Pfullingen: Neske, 492. Über den tiefen Einschnitt, den der Historismus in der westlichen Philosophie bedeutet, siehe Herbert Schnädelbach (1974) *Geschichtsphilosophie nach Hegel*. Freiburg/München: Verlag Karl Alber und Herbert Schnädelbach (1987) *Vernunft und Geschichte: Vorträge und Abhandlungen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 9-63.

nicht mehr nach allgemeinen und abstrakten Prinzipien der theoretischen Vernunft. Vielmehr entwickeln Strategie und Politik einen historischen Sinn für den konkreten Fall und die besondere politische Lage eines Staates. Mit der Änderung der besonderen Situation müssen sich dann auch die Strategien ändern. Der politische Realist ist der Theoretiker, der gegen die abstrakten Begriffe und Prinzipien, die Fülle der Geschichte ausspielt.

Die Entdeckung der Geschichtlichkeit in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts stellt einen philosophischen Neuansatz dar. Wahrheit ist nicht mehr absolut und allgemeingültig, sondern sie ist nur wahr relativ zu ihren politischen und geschichtlichen Zusammenhängen. Der historische Relativismus beerbt den Glauben an universelle moralische, militärische und wirtschaftliche Regeln und Gesetze. Der Krieg bei Clausewitz, die Wirtschaft bei List und die Politik bei Ranke werden immer in Abhängigkeit von der jeweiligen historisch-politischen Situation studiert. Ausdruck dieser Wendung zum Geschichtlichen ist die Pluralität von Nationen, die nach verschiedenen politischen Zwecken Kriege

führen, Politik betreiben und Wirtschaftssysteme organisieren. Diese unaufhebbare Pluralität von Nationen und nationalen Interessen verhindert letztlich die Herstellung der einen, globalen Welt durch Recht, Handel oder Moral wie sie dem Liberalismus seit je her vorschwebte.

4. Die Logik der Weltgeschichte

Der politische Realismus verliert sich aber nicht im Studium von historisch besonders Zusammenhängen der internationalen Politik und Strategie. Sein Ordnungsprinzip beim Studium von Politik und Geschichte ist der Aufstieg und Niedergang von großen Staaten. „Sie blühen auf, nehmen die Welt ein, treten heraus in dem mannigfaltigsten Ausdruck, bestreiten, beschränken, überwältigen einander; in ihrer Wechselwirkung und Aufeinanderfolge, in ihrem Leben und Vergehen, in ihrer Wiederbelebung, die dann immer größere Fülle, höhere Bedeutung, weitem Umfang in sich schließt, liegt das Geheimnis der Weltgeschichte“.¹⁰⁵ In der Fülle der historischen Vielfalt und Wechselverhältnisse bildet die Staatengeschichte, verstanden als Machtgeschichte, das konstante Element des Politischen.

Der sich immer wiederholende Auf- und Abstieg von Staaten ist ein Prozess, die sich über den Köpfen der handelnden Staatsmänner hinweg mit einer eisernen und unvermeidlichen Notwendigkeit vollzieht. Im Grunde werden die internationalen Machtkonstellationen, also das Verhältnis der großen Staaten zueinander, zum eigentlichen Subjekt der Geschichte. „Das internationale System [ist] dauerndem Wandel unterworfen [...], einem Wandel, der nicht nur von der Tagespolitik der Staatsmänner und den Gezeiten politischer und militärischer Aktionen bewirkt wird, sondern auch von den tieferen Transformationen in den Grundlagen der Weltmacht, die irgendwann bis zur Oberfläche durchdringen [...]. Da alle Gesellschaften unerbittlich dem Wandel unterworfen sind, kann die Waage der internationalen Macht nie stillstehen, und es ist politische Torheit zu glauben, dass sie es je täte“.¹⁰⁶ Das Grundgesetz der Geschichte der großen Mächte bildet die Anschauung, dass auf das Übergewicht *einer* Macht immer der Widerstand aller anderen

¹⁰⁵ Leopold von Ranke (1995) *Die Großen Mächte, Politisches Gespräch*. Frankfurt a. M. und Leipzig: Insel Verlag, 69.

¹⁰⁶ Paul Kennedy (1989) *Aufstieg und Fall der großen Mächte*, 789.

folgt. Dies wurde von Ludwig Dehio auf die Formel des Antagonismus von Hegemonie und Gleichgewicht gebracht.¹⁰⁷ So wie der Auf- und Abstieg von Staaten vollzieht sich auch der Widerstreit zwischen Vormachtstreben und Gleichgewichtstendenzen unabhängig vom Willen der Staatsmänner.

Im politischen Realismus werden folglich die Motive der konkret Handelnden sekundär. Der Erfolg des Staatsmannes bemisst sich allein an seiner Fähigkeit, die Verteilung der internationalen Macht richtig zu erfassen sowie für seinen Staat entweder den Abstieg zu verzögern und den Aufstieg zu befördern. Dazu stehen ihm militärische, wirtschaftliche und symbolische Mittel zur Verfügung. Er hat die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wandlungstendenzen in anderen Gesellschaften zu studieren und zu bewerten, inwieweit diese sich auf die Änderung der internationalen Machtverteilung auswirken. Danach hat der Staatsmann zu bestimmen, welches Interesse sein Staat an diesem Wandel

¹⁰⁷ Ludwig Dehio (1996): *Gleichgewicht oder Hegemonie: Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte*. Zürich: Manesse.

hat, ob es ihn hemmen oder fördern soll. Dies ist die Aufgabe einer Gesamtstrategie. In der Formulierung und Durchführung einer Gesamtstrategie ist die hervorragende Eigenschaft eines Staatsmannes seine politische Klugheit: „Klug sein heißt, auf Grund der besonderen Konstellation und der konkreten Gegebenheiten zu handeln, nicht aus Systemgeist oder aus passivem Gehorsam gegenüber einer Norm oder Pseudonorm [...], sich konkrete Ziele zu stecken, die erreichbar und dem jahrhundertealten Gesetz der internationalen Beziehungen entsprechen.“¹⁰⁸ Strategisches Denken als das Nachdenken über die politischen Zwecke und die entsprechenden Mittel müssen der jeweiligen politischen Situation angemessen sein und diese Angemessenheit richtet sich nach der jeweiligen internationalen Konstellation der Macht. Insofern sollte strategisches Denken in den weiteren Kontext des Nachdenkens über die Strukturen und Prozesse der internationalen Beziehungen eingebettet sein. Strategisches

¹⁰⁸ R. Aron (1986) *Frieden und Krieg*, 675.

Denken ruht auf einer realistischen Theorie der internationalen Politik.¹⁰⁹

Für den politischen Realismus gilt daher der Primat der Außenpolitik, da das Schicksal eines Staates von den Änderungen der internationalen Machtverhältnisse determiniert wird. Diese gilt es, im eigenen Interesse zu beeinflussen. Insofern wird auch das innere Staatsleben durch die Weltpolitik, das heißt die Rivalitäten zwischen den großen Mächten bestimmt.¹¹⁰

5. Die ökonomische Dimension strategischen Denkens

Das historische Faktum von auf- und absteigenden Mächten in der Weltpolitik führte bislang immer zu Kriegen und zur weiteren Umverteilung der internationalen Macht. Vor allem Friedrich List und der ökonomische Realismus betonen, dass in der Geschichte die ungleichmäßigen wirtschaftlichen Wachstumsraten von Staaten langfristig zur Verschiebung

¹⁰⁹ John Baylis et al. (Hrsg.) (2007) *Strategy in the Contemporary World: An Introduction into Strategic Studies*. Oxford: Oxford University Press, 7-9, 365f. siehe auch FN 8.

¹¹⁰ Otto Hintze (1962) *Staat und Verfassung: Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 34-83, 457-469.

der politisch-ökonomischen Machtzentren geführt haben.¹¹¹ Die Verlagerung der Produktionsgewichte und die Verschiebung in den Zentren der globalen Produktion und des internationalen Handels kündigen eine Änderung der internationalen Machtverteilung an. Oft ging dies mit gewaltsamen Konflikten einher, um den relativen Abstieg zu verhindern oder den relativen Aufstieg zu beschleunigen, bzw. die Machtverschiebung auch durch internationale Anerkennung abzusichern. Für den ökonomischen Realisten ist gerade eine vom technologischen und wirtschaftlichen Wandel angetriebene Dynamik der globalen Macht der Schlüssel zur Weltgeschichte als Staatengeschichte. Strategisches Denken kann sich vor diesem Hintergrund nicht auf militärische Fragen beschränken, sondern es muss die wirtschaftliche Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit eines Staates, die nationalen Anteile in der Weltwirtschaft und die nationale Verfügung über Schlüssel- und Zukunftstechnologien an die Spitze einer nationalen Sicherheitsstrategie setzen. Vor al-

¹¹¹ Robert Gilpin (1981) *War and Change in World Politics*. Cambridge: Cambridge University Press, 106-230, Robert Gilpin (1987) *The Political Economy of International Relations*, Princeton: Princeton University Press, 65-117. Paul Kennedy (1989) *Aufstieg und Fall der großen Mächte*.

lem muss es begreifen, dass ökonomische Fragen immer auch machtpolitische Fragen sein können und dass staatliches Handeln keinesfalls die Marktprozesse sich selbst überlassen darf, wenn diese Fragen die nationale Sicherheit und Macht berühren. Volkswirte können wiederum von einem politischen Realisten lernen, dass sich die internationale Wirtschaft nur im Rahmen einer politischen Rahmenordnung bewegt, die im Wesentlichen durch das Zusammenspiel der Mächte bestimmt wird.

Wirtschaftliche Globalisierung bedeutet im politischen Realismus nicht das Ende des Staates, sondern setzt vielmehr nationale Regierungen voraus, in deren Interesse offene Märkte sind. Sollten Freihandel und Marktöffnung nicht mehr im nationalen Interesse sein, folgte daraus eine Krise der Globalisierung, aber natürlich nicht das Ende der Weltwirtschaft. Diese wäre dann eben durch nationale oder regionale Handelsblöcke charakterisiert, in denen die politische Macht wieder stärker die wirtschaftlichen Prozesse bestimmt als es heute der Fall ist. Es handelte sich dann um die Wiederkehr einer modernen Form des Merkantilismus,

der heute schon in Form von Industriepolitik, gelenktem Handel und Kämpfen um Standorte der Schlüsselindustrien (siehe Boeing, EADS/Airbus) in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu erkennen ist. In der verflochtenen Weltwirtschaft streben Staaten danach, die Quelle technologischer Innovationen zu sein und eine industrielle Vormacht gegenüber anderen Staaten zu erreichen. Zwischenstaatliche Konflikte entstehen auch dadurch, weil Nationen versuchen, ihre expandierenden Wirtschaftssektoren zu unterstützen und ihre absteigenden, nicht wettbewerbsfähigen Branchen vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Im Zeitalter der Globalisierung wird die Geopolitik ergänzt durch die Geoökonomie.¹¹² Die Weltwirtschaft wird zum Kampffeld rivalisierender Großmächte. Strategisches Denken sollte sich auch deshalb ökonomischen Fragestellungen widmen. Im Unterschied zur Volkswirtschaftslehre sollte strategisches Denken allerdings weltwirtschaftliche Prozesse immer als in machtpolitische Konstellationen eingebettet sehen. Strategisches Denken ist originär *politische* Ökonomie.

¹¹² Edward Luttwak (1990) From Geopolitics to Geo-Economics' in *the*

6. Die symbolische Dimension strategischen Denkens

Strategie ist der Gebrauch militärischer, ökonomischer und symbolischer Macht für politische Zwecke. Diese wiederum können wirtschaftlichen, militärischen und symbolischen Charakter tragen. Vor allem Raymond Aron betonte immer wieder, dass Sicherheit, Wohlstand und Selbsterhaltung keineswegs das geschichtliche Spektrum strategischer Ziele abdecken. „Die Staaten wollen so wenig wie die Individuen nur das Überleben, sie wollen auch die Ehre, sie wollen nicht nur die Sicherheit, sondern auch den Rang. Oft ziehen sie die Gefahr in der Selbständigkeit den Frieden unter dem Schutz eines Stärkeren vor. Sind sie ‚irrational‘?“¹¹³ Die Machtkämpfe der großen Mächte gehen also immer auch um nicht-materielle, symbolische Dinge wie Rang, Ehre, Ruhm und Prestige. Internationale Politik ist stets auch der Kampf um Anerkennung durch die anderen Mächte.¹¹⁴ Wenn not-

National Interest, 17-24.

¹¹³ Raymond Aron (1986) *Frieden und Krieg*, 725.

¹¹⁴ Francis Fukuyama (1993) *The End of History and the Last Man*. London: Penguin Books, 135. “the primary motor of human history is ... a totally non-economic drive, the *struggle for recognition*. ... [This] gives us a broader understanding of man ... that allows us to understand the discontinuities, the wars and sudden eruptions of irrationality out of

wendig, wird die gesamte politische Existenz des Staates in die Waagschale geworfen. Gerade diese nicht-materiellen, symbolischen Ziele eines Staates können seine politische Macht steigern, wenn er die moralischen Energien seiner Bevölkerung mobilisieren kann. Gerade Ranke, Clausewitz und List haben immer wieder darauf hingewiesen, dass das nationale Prinzip zu einer Machtsteigerung des Staates geführt hat. Wenn heute aufstrebende Mächte im eigenen Staat den Nationalismus fördern, so handelt es sich dabei um eine klassische Strategie der Machtpolitik. Die Macht eines Staates bemisst sich eben nicht nur an der Anzahl der Sprengköpfe und dem Bruttosozialprodukt, sondern auch an der Fähigkeit, die eigene Bevölkerung für kollektive, ideelle Ziele zu mobilisieren und die Anerkennung von anderen Staaten zu erlangen. Strategisches Denken ist auch in diesem Fall mehr als militärisches Denken. Es muss immer auch die Macht der Ideen über die Menschen in sein Kalkül mit einbeziehen. Menschen opfern ihr Leben nicht für mehr Wirtschaftswachstum oder mehr Sicherheit. Dies sind viel zu abstrakte Ziele, die niemanden dazu motivieren, die ge-

the calm of economic development, that have characterized actual hu-

genwärtigen Annehmlichkeiten für eine bestimmte Sache aufzugeben oder gar Tapferkeit an den Tag zu legen, die sich jeglicher Kosten-Nutzen-Analyse entzieht. „[...] the man who feels that his worth is constituted by something more than the complex of desires that make up his physical existence – it is this man alone who is willing to walk in front of a tank or confront a line of soldiers.”¹¹⁵ In der Gegenwart sind es vor allem nationale und religiöse Ideen, die diese die Menschen und Maschinen bewegende Kraft haben. Es war gerade Francis Fukuyama, der darauf hinwies, dass auch eine liberale Demokratie zu ihrer Verteidigung gegenüber Feinden auf diese irrationalen und nicht-liberalen Motivationsreserven zurückgreifen können muss, wenn die eigene Existenz auf dem Spiele steht. Was hat strategisches und sicherheitspolitisches Denken dazu zu sagen?

7. Die Autonomie des Politischen

Der Aufstieg und Niedergang von Staaten sowie der Konflikt zwischen Hegemonie und Gleichgewicht sind „das Geheimnis der Weltgeschichte“ (Ranke) als Staatengeschichte. Sie bilden die Grundstruktur des Politischen, die allem

man history.”

Wechsel der Zeiten entzogen ist. Im realistischen Ansatz gehorcht das Politische seinen eigenen Gesetzen, die sich letztlich aus der Logik der internationalen Macht ergeben. Krieg, Wirtschaft, Völkerrecht und Moral sind Instrumente oder Variablen des Politischen, weil sie jeweils in die vorherrschenden internationalen Machtkonstellationen eingebettet sind. Sie sind nichts Selbständiges und führen kein Eigenleben. Vielmehr dominiert das Politische immer in letzter Instanz. Deswegen muss der Analyse von Kriegen, von wirtschaftlichem Handel und internationalen Moral- und Rechtsansprüchen immer eine Analyse der globalen Machtverteilung vorausgehen. Dieser Primat des Politischen bedeutet auch, dass sich die Dynamik der internationalen Macht niemals durch das Völkerrecht, die Moral oder die wirtschaftliche Globalisierung beseitigen lässt. Vielmehr durchbrechen aufstrebende wie absteigende Staaten Recht, Moral und globale Handelsbeziehungen, wenn es in ihrem jeweiligen Interesse liegt. Sie instrumentalisieren auch rechtliche und moralische Normen sowie wirtschaftliche Abhängigkeiten, um ihre politische Macht auszuüben, zu verteidigen

¹¹⁵ Francis Fukuyama (1993) *The End of History*, 180.

gen oder zu steigern. Wie in den Händen von König Midas alles zu Gold wurde, so verwandelt sich in der internationalen Politik alles in eine Machtfrage.

Die Machtrivalitäten der Staaten verändern sich für den politischen Realismus auch nicht durch die wachsende wirtschaftliche Interdependenz der nationalen Ökonomien.¹¹⁶ Realistisches Denken bleibt auch skeptisch gegenüber allen Thesen eines fundamentalen Wandels des Kriegsbildes, in dem Staatenkriege endgültig der Vergangenheit angehören.¹¹⁷ Schließlich bezweifelt er, dass die nationale Identität durch regionale oder supranationale Loyalitäten abgelöst wird.¹¹⁸ Im militärischen, ökonomischen wie im symbolischen Bereich gilt der Staat nach wie vor noch als die bestimmende politische Einheit der internationalen Beziehungen. Alle Konzeptionen, die glauben, den Nationalstaat

¹¹⁶ Robert Gilpin (2001). *Global Political Economy: Understanding the International Economic Order*. Princeton: Princeton University Press, 362-402.

¹¹⁷ Colin. S. Gray (2005) *Another Bloody Century*, 212-254, 131-167; siehe auch Eckard Bolsinger (2002) 'Krig og stat I det 21. århundrede – om den angivelige afslutning på den clausewitzianske verden' in *Distinktion: Tidsskrift for Samfundsteori*, 21-36.

durch Formen der Global Governance ersetzen zu können, täuschen sich über das Faktum des Politischen hinweg: Große Mächte werden auch in Zukunft die internationale politische und wirtschaftliche Ordnung formen. Die Dynamik und der Wandel der internationalen Macht werden auch im 21. Jahrhundert den Kern des Politischen bilden. Das einzige, was wir hoffen können ist, dass es den großen Mächten gelingt zu kooperieren, um Stabilität und Sicherheit zu garantieren. Nur ein strategisches Denken, das versteht, dass die heutigen Kämpfe nicht nur militärischer Art sind, sondern auch einen ökonomischen und symbolischen Charakter haben, wird die zukünftigen Herausforderungen meistern können. Dieses Verständnis kann strategisches Denken allerdings nur gewinnen, wenn es sich der realistischen Theorie internationaler Politik öffnet.

¹¹⁸ Anthony D. Smith (1995) *Nations and Nationalism in a Global Era*. Cambridge: Polity Press, 8-28, 147-160.

Internationales Clausewitz-Zentrum **Publikationen**

- *Clausewitz-Information 1/2000, Lennart Souchon (Hrsg.)*
Klaus Naumann,
Die NATO vor Herausforderungen und Risiken angesichts des gewandelten Selbstverständnisses und erweiterten Aufgabenspektrums - Konsequenzen für Politik und Strategie.
- *Clausewitz-Information 2/2000, Lennart Souchon (Hrsg.)*
Hans Koschnick,
Frieden auf dem Balkan - politische Lösung und militärische Absicherung.
- *Clausewitz-Information 3/2000, Lennart Souchon (Hrsg.)*
August Hanning,
Destabilisierende Faktoren im Raum Nah-Mittel-Ost unter besonderer Berücksichtigung der Proliferation.
- *Clausewitz-Information 4/2000, Lennart Souchon (Hrsg.)*
Symposium
Alain Lefevre, Wolfgang Meyer, Bernd Mützelburg, Gregor Schöllgen, Reinhard Schewpe, Thomas Wolfson,
Gemeinsame Europäische Sicherheit.
- *Clausewitz-Protokolle 1/2000, Lennart Souchon (Hrsg.)*
Workshop
Politisches Selbstbewusstsein der Amerikaner, Griechenlands und der Türkei sowie der Tschetschenienkrieg Rußlands.
- *Clausewitz-Protokolle 2/2000, Lennart Souchon (Hrsg.)*
Workshop
Krisenregion Südostasien.
- *Clausewitz-Protokolle 3/2000, Lennart Souchon (Hrsg.)*
Workshop
Osteuropa und die Erweiterung von NATO und EU.

- *Clausewitz-Information 1/2001, Lennart Souchon (Hrsg.)*
Christian Malis,
Aron - Clausewitz: eine fortlaufende Debatte.

- *Clausewitz-Information 2/2001, Lennart Souchon (Hrsg.)*
Sir Paul Lever,
Die zukünftige Rolle der Europäischen Union.

- *Clausewitz-Protokolle 1/2001, Lennart Souchon (Hrsg.)*
Workshop
Krieg im 21. Jahrhundert.

- *Clausewitz-Protokolle 2/2001, Lennart Souchon (Hrsg.)*
Workshop
Gemeinsame Werte - Kongruente Ziele - Gleiche Wege?

- *Clausewitz-Protokolle 3/2001, Lennart Souchon (Hrsg.)*
Workshop
Europäische Sicherheit im Mittelmeerraum und Deutschland und Polen in Europa.

- *Clausewitz-Information 2/2002,*
Hans-Ulrich Klose,
Deutschland in seiner internationalen Verantwortung - Herausforderungen an die deutsche Sicherheitspolitik
Projektleitung Erwin Mattes.

- *Clausewitz-Information 1/2004, Lennart Souchon (Hrsg.)*
Joachim Krause,
Die transatlantischen Beziehungen seit dem Ende des Kalten Krieges.

- *Clausewitz-Information 2/2004, Lennart Souchon (Hrsg.)*
Symposium
Herfried Münkler, Karl-Heinz Lather, Milan Vego,
Neue Herausforderungen an Operative Führung aus Sicht der Wissenschaft und der Streitkräfte.

- *Clausewitz-Information 1/2005, Lennart Souchon (Hrsg.)*
Workshop

Ulrike Kleemeier, Jürgen Frese, Beatrice Heuser,
Kleine Kriege.

- *Clausewitz-Information 1/2006, Lennart Souchon (Hrsg.)*

Andreas Herberg-Rothe,
Clausewitz und Napoleon – Jena, Moskau, Waterloo.

- *Clausewitz-Information 1/2007, Lennart Souchon (Hrsg.)*

Alfred Schmidt, Karen Schäfer, Hans-Joachim Krüger,
Romantik, Deutscher Idealismus, Hegel und Clausewitz.

Das **Internationale Clausewitz-Zentrum** soll:

- Forum für die geistige Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen Fragen an der Schnittstelle zwischen Streitkräften, Wissenschaft und Politik sein
- das Erbe des Militärphilosophen und Reformers Carl von Clausewitz wahren und weiter entwickeln
- mit Universitäten im Inland und Ausland kooperieren
- Praktikanten aus Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstitutionen betreuen und
- Promotionsbemühungen junger Offiziere während ihrer Generals-/ und Admiralstabsausbildung unterstützen.

